

Amtsblatt

G 1203 B

der Europäischen Gemeinschaften

16. Jahrgang Nr. L 359

28. Dezember 1973

Ausgabe in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Verordnung (EWG) Nr. 3573/73 des Rates vom 17. Dezember 1973 über die Anwendung des Beschlusses Nr. 2/73 des Assoziationsrats (EWG—Türkei) zur Änderung des Beschlusses Nr. 5/72 vom 29. Dezember 1972 über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen zur Anwendung der Artikel 2 und 3 des Zusatzprotokolls zum Abkommen von Ankara	1
Beschluß des Assoziationsrats Nr. 2/73 zur Änderung des Beschlusses Nr. 5/72 vom 29. Dezember 1972 über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen zur Anwendung der Artikel 2 und 3 des Zusatzprotokolls zum Abkommen von Ankara	2
Verordnung (EWG) Nr. 3574/73 des Rates vom 27. Dezember 1973 zur vollständigen oder teilweisen Aussetzung der Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in der Türkei	17
Verordnung (EWG) Nr. 3575/73 des Rates vom 27. Dezember 1973 zur Eröffnung eines Zollkontingents für Frühkartoffeln der Tarifstelle 07.01 A II des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Zypern für das Jahr 1974	32
Verordnung (EWG) Nr. 3576/73 des Rates vom 28. Dezember 1973 zur Verlängerung und Änderung der mit der Verordnung (EWG) Nr. 1253/73 getroffenen Einfuhrregelung für das Weinbauerzeugnis mit Ursprung in und Herkunft aus Zypern, das unter der Bezeichnung „Cyprus sherry“ ausgeführt wird, sowie der Beihilferegulierung für gleichartige Weinbauerzeugnisse, die in der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung erzeugt und nach Irland und dem Vereinigten Königreich ausgeführt werden	33
Verordnung (EWG) Nr. 3577/73 des Rates vom 28. Dezember 1973 über die Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten betreffend bestimmte Textilwaren mit Ursprung in Jugoslawien	35
Verordnung (EWG) Nr. 3578/73 des Rates vom 28. Dezember 1973 zur Eröffnung von Zollpräferenzen für bestimmte Textilerzeugnisse mit Ursprung in Jugoslawien	42
Verordnung (EWG) Nr. 3579/73 des Rates vom 28. Dezember 1973 über die Aufstockung des Gemeinschaftszollkontingents für Ferrosilizium der Tarifstelle 73.02 C des Gemeinsamen Zolltarifs für 1973	47
Verordnung (EWG) Nr. 3580/73 des Rates vom 28. Dezember 1973 zur Erhöhung des Gemeinschaftszollkontingents für Rohzink der Tarifstelle 79.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs	48

Inhalt (Fortsetzung)

Verordnung (EWG) Nr. 3581/73 des Rates vom 28. Dezember 1973 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1693/72 hinsichtlich der Verfahren zur Bereitstellung der Nahrungsmittelhilfe zugunsten der Länder der Sahelzone	49
Verordnung (EWG) Nr. 3582/73 des Rates vom 28. Dezember 1973 über die Aufstellung der Grundregeln für die Lieferung von Magermilchpulver im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe an die Länder der Sahelzone und Äthiopien	50
Verordnung (EWG) Nr. 3583/73 des Rates vom 28. Dezember 1973 zur Aufstellung der Grundregeln für die Lieferung von Milchfett im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe an die Länder der Sahelzone und Äthiopien	51

II Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

Rat

73/448/EWG:

Beschluß des Rates vom 28. Dezember 1973 über die gemeinschaftliche Finanzierung bestimmter Ausgaben für die Nahrungsmittelhilfe im Rahmen des Programms 1973/1974	53
--	----

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3573/73 DES RATES

vom 17. Dezember 1973

über die Anwendung des Beschlusses Nr. 2/73 des Assoziationsrats (EWG—Türkei) zur Änderung des Beschlusses Nr. 5/72 vom 29. Dezember 1972 über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen zur Anwendung der Artikel 2 und 3 des Zusatzprotokolls zum Abkommen von Ankara

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 113,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Durch das Interimsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei⁽¹⁾ werden einige Bestimmungen des am 30. Juni 1973 in Ankara unterzeichneten Ergänzungsprotokolls zu dem Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei infolge des Beitritts neuer Mitgliedstaaten zur Gemeinschaft vorzeitig in Kraft gesetzt.

Im Hinblick auf diese neue Lage wurde der Beschluß Nr. 5/72 des Assoziationsrats vom 29. Dezember 1972 über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen zur Anwendung der Artikel 2 und 3 des Zusatzprotokolls zum Abkommen von Ankara⁽²⁾ durch den Beschluß Nr. 2/73 des Assoziationsrats geändert.

Deshalb ist es notwendig, die Maßnahmen zur Durchführung des Beschlusses Nr. 2/73 zu treffen und insbesondere die Verordnung (EWG) Nr.

428/73 des Rates vom 5. Februar 1973 über die Anwendung der Beschlüsse Nr. 5/72 und Nr. 4/72 des im Abkommen über die Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei vorgesehenen Assoziationsrats⁽³⁾ entsprechend zu ändern —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

In bezug auf die Methoden für die Zusammenarbeit der Verwaltungen zur Anwendung der Artikel 2 und 3 des Zusatzprotokolls zum Abkommen über die Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei gilt der dieser Verordnung beigefügte Beschluß Nr. 2/73 des Assoziationsrats vom 1. Januar 1974 an.

Artikel 2

Artikel 1 Unterabsatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 428/73 wird gestrichen.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 17. Dezember 1973.

Im Namen des Rates

Der Präsident

J. CHRISTENSEN

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 277 vom 3. 10. 1973, S. 2.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 59 vom 5. 3. 1973, S. 74.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 59 vom 5. 3. 1973, S. 73.

BESCHLUSS DES ASSOZIATIONSRATS Nr. 2/73

zur Änderung des Beschlusses Nr. 5/72 vom 29. Dezember 1972 über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen zur Anwendung der Artikel 2 und 3 des Zusatzprotokolls zum Abkommen von Ankara

DER ASSOZIATIONSRAT —

gestützt auf das Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei,

gestützt auf das Zusatzprotokoll, insbesondere auf Artikel 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Am 30. Juni 1973 wurde ein Ergänzungsprotokoll sowie ein Interimsabkommen unterzeichnet, durch das einige Handelsvorschriften des Ergänzungsprotokolls vorzeitig in Kraft gesetzt werden sollen.

Mit Beschluß Nr. 5/72 vom 29. Dezember 1972 sind die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen zur Anwendung der Artikel 2 und 3 des Zusatzprotokolls festgelegt worden.

Nach Artikel 1 des Ergänzungsprotokolls und nach Artikel 1 des Interimsabkommens sind diese Bestimmungen auch im Warenverkehr zwischen den neuen Mitgliedstaaten und der Türkei anwendbar.

Auf Grund von Artikel 11 des Ergänzungsprotokolls und von Artikel 4 des Interimsabkommens wendet die Türkei bis zum 1. Juli 1977 gegenüber den neuen Mitgliedstaaten andere Zölle und Abgaben gleicher Wirkung an als diejenigen, die auf Grund des Zusatzprotokolls gegenüber der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung gelten. Aus diesem Grunde müssen die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen angepaßt werden, um eine ordnungsgemäße Anwendung der vorgenannten Bestimmungen zu gewährleisten —

BESCHLIESST:

Artikel 1

Der Beschluß Nr. 5/72 vom 29. Dezember 1972 wird wie folgt geändert:

a) Es werden folgende Artikel 14 und 15 hinzugefügt:

„Artikel 14

Bis 1. Juli 1977 achten die Zollbehörden des Ausfuhrstaats darauf, daß aus den von ihnen aus-

gestellten Warenverkehrsbescheinigungen A.TR.1 und A.TR.3 hervorgeht, daß die darin bezeichneten Waren die Eigenschaften von Waren, die die Voraussetzungen von Artikel 2 oder 3 des Zusatzprotokolls erfüllen, je nach Fall, in der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung oder in einem neuen Mitgliedstaat erworben haben.“

„Artikel 15

Auf Waren, die die Voraussetzungen von Artikel 2 des Zusatzprotokolls erfüllen und aus einem neuen Mitgliedstaat oder der Türkei nach Unterzeichnung des Ergänzungsprotokolls ausgeführt worden sind und die sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Interimsabkommens auf dem Transport oder in der Türkei oder in einem Mitgliedstaat in vorübergehender Verwahrung, in einem Zolllager oder einer Freizone befinden, können die Bestimmungen des Interimsabkommens angewandt werden, sofern den Zollstellen des Einfuhrstaats innerhalb von vier Monaten nach dem genannten Zeitpunkt eine von den zuständigen Behörden des Ausfuhrstaats nachträglich mit einem Sichtvermerk versehene Warenverkehrsbescheinigung A.TR.1 sowie der Nachweis für die unmittelbare Beförderung vorgelegt werden.“

b) In den Überschriften der Muster der Warenverkehrsbescheinigungen A.TR.1 und A.TR.3 im Anhang zum Beschluß Nr. 5/72 werden folgende Worte hinzugefügt:

„MOVEMENT CERTIFICATE“ und „VARE-CERTIFIKAT“.

Die Worte „MALLARIN TEDAVÜL BELGESİ“ werden durch die Worte „MALLARIN DOLAŞIM BELGESİ“ und die Worte „CERTIFICATO PER LA CIRCOLAZIONE DELLE MERCI“ durch die Worte „CERTIFICATO DI CIRCOLAZIONE DELLE MERCI“ ersetzt.

Artikel 2

Die den alten Mustern entsprechenden Vordrucke für Warenverkehrsbescheinigungen A.TR.1 und A.TR.3 dürfen weiterhin verwendet werden, bis die Bestände aufgebraucht sind.

Artikel 3

Die im Anhang enthaltenen Texte der Muster der Warenverkehrsbescheinigungen A.TR.1 und A.TR.3 in dänischer und englischer Sprache können unter den gleichen Bedingungen wie die ursprünglichen Texte verwendet werden.

Artikel 4

Die Bestimmungen dieses Beschlusses sind ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des am 30. Juni 1973 unterzeichneten Interimsabkommens anwendbar.

Geschehen zu Brüssel am 17. Dezember 1973.

Im Namen des Assoziationsrats

Der Präsident

N. ERSBØLL

REQUEST FOR VERIFICATION

The undersigned customs officer requests verification of the authenticity and accuracy of this certificate.

Official stamp (Place and date of signature)
 (Signature of customs officer)

RESULT OF VERIFICATION

Verification carried out by the undersigned customs officer shows that this movement certificate:

1. was issued by the customs office indicated and that the information contained therein is accurate ⁽¹⁾;
2. does not meet the requirements as to authenticity and accuracy (see notes appended) ⁽¹⁾.

Official stamp (Place and date of signature)
 (Signature of customs officer)

(¹) Delete as necessary.

I. GOODS FOR WHICH A MOVEMENT CERTIFICATE A. TR. 1 MAY BE ENDORSED

1. A movement certificate A. TR. 1 may be endorsed only for goods which, in the exporting State, fall within one of the following categories:

- (a) goods produced in the exporting State, including those obtained or produced wholly or partly from products on which the applicable customs duties or charges having equivalent effect have been levied and which have not benefited from a total or partial drawback of such duties or charges;
- (b) goods in free circulation in the exporting State, (goods coming from a third country, in respect of which import formalities have been complied with and any customs duties or charges having equivalent effect have been levied, and which have not benefited from a total or partial drawback of such duties or charges);
- (c) goods obtained or produced within the exporting State, and in the manufacture of which have been used products on which the applicable customs duties or charges having equivalent effect have not been levied or which have benefited from a total or partial drawback of such duties or charges, subject to the collection, where appropriate, of the compensatory levy prescribed for them;

Note: The statement "Compensatory Levy—Turkey" must appear on all movement certificates A. TR. 1 for goods obtained or produced in the Community from products coming from a third country on which the applicable customs duties and charges having equivalent effect have not been levied in either the Community or Turkey.

- (d) goods originally imported from a State party to the Agreement and which on exportation fall within one of the categories (a), (b) or (c) above.

Note: In the case of goods originally imported into the exporting State under the cover of a movement certificate bearing the statement "Compensatory Levy—Turkey", the movement certificate or certificates A. TR. 1 issued in lieu of the latter must also bear the statement "Compensatory Levy—Turkey".

2. Agricultural products must also comply with the additional origin conditions laid down for them.
3. Movement certificates A. TR. 1 may not be endorsed for goods originally imported from a third country under a preferential customs system because of their country of origin or place of consignment.

II. SCOPE OF THE MOVEMENT CERTIFICATE A. TR. 1

The movement certificate A. TR. 1 may be used only if the goods to which it relates are transported direct from the exporting State to the importing State.

The following shall be considered as transported direct from the exporting State to the importing State:

- (a) goods transported without passing through territories other than those of the Community or Turkey;
- (b) goods transported through territories other than those of the Community or Turkey or with transshipment in such territories

provided that carriage through such territories or transshipment is covered by a single transport document made out in the Community or Turkey.

Note: Before requesting endorsement of movement certificate A. TR. 1 by the customs authorities of the exporting State, the exporter must satisfy himself that the goods will in fact be transported direct to the importing State. Goods not transported direct are eligible for preferential treatment only if a movement certificate A. TR. 3 is produced.

III. RULES FOR COMPLETING THE MOVEMENT CERTIFICATE A. TR. 1

1. The movement certificate A. TR. 1 must be completed in one of the languages in which the Agreement is drawn up and shall comply with the internal laws of the exporting State. Where the certificate is completed in Turkish, it may also be completed in one of the official languages of the Community.
2. The movement certificate A. TR. 1 must be typed or handwritten; if the latter it must be completed in ink in block letters. It must not contain any erasure or superimposed correction. Any alteration must be made by deleting the incorrect particulars and adding any necessary corrections. Any such alteration must be initialled by the person who completed the certificate and endorsed by the customs authorities.

3. Each item listed in the movement certificate A. TR. 1 must be preceded by a serial number. A horizontal line must be drawn immediately after the last entry. Unused space must be struck through so as to make any later addition impossible.
4. Goods must be described in accordance with commercial usage and in sufficient detail to enable them to be identified.
5. The exporter or the carrier may complete the part of the certificate reserved for the declaration by the exporter by a reference to the transport document. It is also recommended that the exporter or the carrier show on the transport document covering the despatch of the goods the serial number of the movement certificate A. TR. 1.

IV. EFFECT OF THE MOVEMENT CERTIFICATE A. TR. 1

When properly used, the movement certificate A. TR. 1 enables the goods described therein to benefit in the importing State from the progressive elimination of customs duties, quantitative restrictions and all other measures having equivalent effect. However, when the movement certificate bears the statement "Compensatory Levy—Turkey", goods described therein shall not be eligible for this preferential

treatment in the Member States of the E.E.C.

The customs authorities of the importing State may, if they consider it to be necessary, require any other documentary evidence and in particular transport documents under cover of which the goods were despatched.

V. TIME LIMIT FOR SUBMISSION OF THE MOVEMENT CERTIFICATE A. TR. 1

The movement certificate A. TR. 1 must be produced at the customs office of the importing Member State where the goods are presented,

within a period of three months from the date of endorsement.

A.TR.3

E.E.C.-TURKEY ASSOCIATION

MOVEMENT CERTIFICATE

VARECERTIFIKAT

WARENVERKEHRSBESCHEINIGUNG

CERTIFICAT DE CIRCULATION DES MARCHANDISES

CERTIFICATO DI CIRCOLAZIONE DELLE MERCI

CERTIFICAAT INZAKE GOEDERENVERKEER

MALLARIN DOLAŞIM BELGESİ

RESULT OF CUSTOMS EXAMINATION AND INDICATION OF MEANS OF IDENTIFICATION (1)

Area with horizontal dotted lines for text entry.

Declaration certified

Export document: Type..... No. Date

Customs office

Date

Official
stamp

.....
(Signature of customs officer)

(1) In this space the customs authorities of the place of exportation should give the result of their examination with any details which may facilitate identification of the goods. They must also indicate any special identification measures such as sealing, stamping, etc., which they have taken. Where supporting items of the type referred to in Note III (5) overleaf (photographs, plans, samples of woven fabric, etc.) are attached, the customs office must stamp them in such a way that a part of the official stamp is imprinted on the actual certificate A. TR. 3.

Spaces not used must be struck through in order to prevent later additions.

REQUEST FOR VERIFICATION

The undersigned customs officer requests verification of the authenticity and accuracy of this certificate.

Official stamp	(Place and date of signature)
	(Signature of customs officer)

RESULT OF VERIFICATION

Verification carried out by the undersigned customs officer shows that this movement certificate:

1. was issued by the customs office indicated and that the information contained therein is accurate ⁽¹⁾;
2. does not meet the requirements as to authenticity and accuracy (see notes appended) ⁽¹⁾.

Official stamp	(Place and date of signature)
	(Signature of customs officer)

⁽¹⁾ Delete as necessary.

I. GOODS FOR WHICH A MOVEMENT CERTIFICATE A. TR. 3 MAY BE ISSUED

1. A movement certificate A. TR. 3 may be issued only for goods which in the exporting State, fall within one of the following categories:

- (a) goods produced in the exporting State, including those obtained or produced wholly or partly from products on which the applicable customs duties or charges having equivalent effect have been levied and which have not benefited from a total or partial drawback of such duties or charges;
- (b) goods in free circulation in the exporting State, (goods coming from a third country, in respect of which import formalities have been complied with and any customs duties or charges having equivalent effect have been levied, and which have not benefited from a total or partial drawback of such duties or charges);
- (c) goods obtained or produced within the exporting State, and in the manufacture of which have been used products on which the applicable customs duties or charges having equivalent effect have not been levied or which have benefited from a total or partial drawback of such duties or charges, subject to the collection, where appropriate, of the compensatory levy prescribed for them;

Note: The statement "Compensatory Levy—Turkey" must appear on all movement certificates A. TR. 3 for goods obtained or produced in the Community from products coming

from a third country and on which the applicable customs duties and charges having equivalent effect have not been levied in either the Community or Turkey.

- (d) goods originally imported from a State party to the Agreement and which on exportation fall within one of the categories (a), (b) or (c) above.

Note: In the case of goods originally imported into the exporting State under the cover of a movement certificate bearing the statement "Compensatory Levy—Turkey", the movement certificate or certificates A. TR. 3 issued in lieu of the latter must also bear the statement "Compensatory Levy—Turkey".

2. Agricultural products must also comply with the additional origin conditions laid down for them.

3. Movement certificates A. TR. 3 may not be issued for goods:

- (a) which, in accordance with the provisions applicable to them, must be transported direct from the exporting State to the importing State;
- (b) which were originally imported from a third country under a preferential customs system because of their country of origin or place of consignment.

II. SCOPE OF THE MOVEMENT CERTIFICATE A. TR. 3

A movement certificate A. TR. 3 may be used in all cases where a movement certificate A. TR. 1 cannot be used owing to the fact that the goods are not transported direct from the exporting State to the importing State:

The following shall be considered as transported direct from the exporting State to the importing State:

- (a) goods transported without passing through territories other than those of the Community or Turkey;

- (b) goods transported through territories other than those of the Community or Turkey or with transhipment in such territories provided that carriage through such territories or transhipment is covered by a single transport document made out in the Community or Turkey.

In particular, the movement certificate A. TR. 3 may be used for goods exported from a State party to the Agreement to a country not party to the Agreement, from which they are liable to be re-exported subsequently to a State party to the Agreement.

III. RULES FOR COMPLETING THE MOVEMENT CERTIFICATE A. TR. 3

1. The movement certificate A. TR. 3 must be completed in one of the languages in which the Agreement is drawn up and shall comply with the internal laws of the exporting State. Where the certificate is completed in Turkish, it may also be completed in one of the official languages of the Community.
2. The movement certificate A. TR. 3 must be typed or handwritten; if the latter it must be completed in ink in block letters. It must not contain any erasure or superimposed correction. Any alteration must be made by deleting the incorrect particulars and adding any necessary corrections. Any such alteration must be initialled by the person who completed the certificate and endorsed by the customs authorities.
3. The "declaration by the exporter" on the second page of the movement certificate A. TR. 3 must be completed in full. In

particular, the place of loading, the date of dispatch and the country of destination at the time of export must be stated.

4. Each item listed in the movement certificate A. TR. 3 must be preceded by a serial number. A horizontal line must be drawn immediately after the last entry. Unused space must be struck through so as to make any later addition impossible.
5. Goods must be described in accordance with commercial usage and great detail so as to ensure that they can be identified easily. The description of the goods must include the number of the tariff heading applicable to each item.

The exporter must include with the movement certificate A. TR. 3 all documents such as plans, drawings, photographs or commercial prospectuses, etc., which may help identification. If they consider it necessary, the customs authorities of the exporting country shall annex these documents to the movement certificate A. TR. 3.

IV. EFFECT OF THE MOVEMENT CERTIFICATE A. TR. 3

A movement certificate A. TR. 3 enables the goods described therein to benefit from the progressive elimination of customs duties, quantitative restrictions and all other measures having equivalent effect, where there is no doubt that the goods actually imported are those described in that movement certificate A. TR. 3. However when the movement certificate A. TR. 3 bears the statement "Compensatory Levy—Turkey", goods described therein shall not

be eligible for this preferential treatment in the Member States of the E.E.C. The customs authorities of the importing State may require submission of any supporting evidence if they consider there is doubt as to the identity of the goods and may exclude the goods from the progressive elimination of customs duties, quantitative restrictions and all measures having equivalent effect if satisfactory evidence cannot be produced.

V. TIME LIMIT FOR SUBMISSION OF THE MOVEMENT CERTIFICATE A. TR. 3

The movement certificate A. TR. 3 must be submitted to the customs authorities of the importing State within a period of six months

from the date of issue. It shall be valid only for the quantities of goods presented in that State during those six months.

ANMODNING OM UNDERSØGELSE

Undertegnede toldmyndighed anmoder om undersøgelse af dette certifikat med hensyn til ægtheden og rigtigheden

....., den
(sted) (dato)

Toldkamrets
stempel

.....
(Tjenestemandens underskrift)

RESULTATET AF UNDERSØGELSEN

Toldmyndighedens undersøgelse har vist, at

1. dette certifikat er udstedt af det angivne toldkammer, og at angivelserne i det er rigtige (!);
2. dette certifikat ikke opfylder de stillede krav med hensyn til ægthed og rigtighed (se vedføjede bemærkninger) (!).

....., den
(sted) (dato)

Toldkamrets
stempel

.....
(Tjenestemandens underskrift)

(!) Det ikke gældende udstreges.

I. VARER, FOR HVILKE VARECERTIFIKAT A. TR. 1 KAN USTEDES

1. Varecertifikat A. TR. 1 kan kun udstedes for varer, der i udførselsstaten er omfattet af en af følgende kategorier:

- a) Varer, der er fremstillet i udførselsstaten herunder sådanne varer, der er fremstillet fuldt ud eller delvis af varer, for hvilke den told og de afgifter med tilsvarende virkning, der finder anvendelse på disse, er opkrævet, og som ikke har nydt godt af hel eller delvis godtgørelse af sådan told og sådanne afgifter.
- b) Varer, der er i fri omsætning i udførselsstaten (d. v. s. varer, som hidrører fra tredjeland, for hvilke indførselsformaliteterne er opfyldt, og for hvilke told og afgifter med tilsvarende virkning er blevet opkrævet, og som ikke har nydt godt af hel eller delvis godtgørelse af sådan told og sådanne afgifter).
- c) Varer, fremstillet i udførselsstaten, og til hvis fremstilling er medgået varer, for hvilke den told og de afgifter med tilsvarende virkning, som finder anvendelse på disse, ikke er opkrævet, eller som har nydt godt af en hel eller delvis godtgørelse af nævnte told eller afgifter, på betingelse af, at den for varerne fastsatte udigningsafgift er opkrævet.

Ann.: Ethvert varecertifikat A. TR. 1 vedrørende varer, fremstillet i Fællesskabet ved anvendelse af varer, som hidrører fra tredjeland, og som hverken i Fællesskabet eller i Tyrkiet er belagt med den told og de afgifter med tilsvarende virkning, som finder anvendelse på disse, skal være påtegnet: »Udigningsafgift-Tyrkiet«.

d) Varer, der oprindelig er indført fra en stat, der deltager i aftalen, og som ved udførsel kan henføres til en af de under a), b) eller c) nævnte kategorier.

Ann.: For så vidt angår varer, der oprindelig er indført i udførselsstaten, og for hvilke der er udfærdiget et varecertifikat med påtegningen »Udigningsafgift-Tyrkiet«, skal det varecertifikat eller de varecertifikater A. TR. 1, som udstedes i stedet for dette, være påført den samme påtegning.

2. Landbrugsprodukter skal endvidere opfylde de supplerende betingelser, der er fastsat for sådanne produkter.
3. Varecertifikat A. TR. 1 kan ikke udstedes for varer, der oprindelig er indført fra tredjeland under en præferencordning som følge af deres oprindelsesland eller afsendelsessted.

II. ANVENDELSESOMRÅDE FOR VARECERTIFIKAT A. TR. 1

Varecertifikat A. TR. 1 kan kun anvendes, såfremt varerne, for hvilke certifikatet er udstedt, sendes direkte fra udførselsstaten til indførselsstaten.

Som direkte forsendelse fra udførselsstaten til indførselsstaten anses:

- a) varer, hvis transport foregår uden passage af andre områder end Fællesskabets eller Tyrkiets.
- b) varer, hvis transport foregår med passage af andre områder end Fællesskabets eller Tyrkiets eller som omlades i sådanne om-

råder, såfremt transporten gennem disse områder foregår på et gennemgående transportdokument udfærdiget i Fællesskabet eller Tyrkiet.

Ann.: Eksportøren skal — før der fremsættes anmodning over for udførselsstatens toldmyndigheder — sikre sig, at varerne faktisk skal forsendes direkte til indførselsstaten. I tilfælde af, at transporten ikke gennemføres på disse betingelser, kan varerne kun nyde godt af en præferentiel behandling i sidstnævnte stat mod forevisning af et varecertifikat A. TR. 3.

III. REGLER, SOM SKAL IAGTTAGES VED UDSTEDELSEN AF VARECERTIFIKAT A. TR. 1

1. Varecertifikat A. TR. 1 skal udfærdiges på et af de sprog, på hvilke associeringsaftalen er affattet og i overensstemmelse med udførselsstatens interne retsregler. Udfærdiges certifikatet på tyrkisk skal det ligeledes udfærdiges på et af Fællesskabets officielle sprog.

2. Varecertifikat A. TR. 1 udfærdiges med maskin- eller håndskrift; i sidstnævnte tilfælde skal det udfyldes med blæk og med blokbogstaver. Der må hverken forekomme raderinger eller overskrivninger. Ændringer skal foretages ved overstregning af de fejlagtige oplysninger, og i givet fald ved tilføjelse af de ønskede oplysninger. Enhver således foretaget ændring skal bekræftes af den, der har udstedt certifikatet, og påtegnes af toldmyndighederne.

3. Foran hver i varecertifikat A. TR. 1 angivet vare skal anføres et løbenummer. Umiddelbart under den sidste post trækkes en vandret afslutningsstreg. Ikke udfyldte felter skal ved overstregning gøres uanvendelige for tilføjelser.

4. Varerne anføres med deres sædvanlige handelsbetegnelse og så udførligt, at de kan identificeres.

5. Eksportøren eller fragtføreren kan på den del af certifikatet, der er bestemt til eksportørens erklæring, tilføje en henvisning til transportdokumentet. Det anbefales også eksportøren eller fragtføreren at forsyne de transportdokumenter, der er udfærdiget for varerne, med påtegning om varecertifikat A. TR. 1's løbenummer.

IV. BETYDNINGEN AF VARECERTIFIKAT A. TR. 1

Når varecertifikat A. TR. 1 anvendes forskriftsmæssigt, kan de i certifikatet beskrevne varer i indførselsstaten nyde godt af gradvis afvikling af toldsatserne og fjernelse af de kvantitative restriktioner og andre forholdsregler med tilsvarende virkning. Såfremt varecertifikatet er påført »Udigningsafgift-Tyrkiet« kan de i certifikatet beskrevne

varer dog ikke nyde godt af en præferentiel behandling i EF's medlemsstater.

Toldmyndighederne i indførselsstaten kan, når de anser det for nødvendigt, kræve fremlagt yderligere dokumentation, især de transportdokumenter, der er udfærdiget for varernes forsendelse.

V. FRISTEN FOR FORELÆGGELSE AF VARECERTIFIKAT A. TR. 1

Varecertifikat A. TR. 1 skal inden for en frist af tre måneder regnet fra datoen for dets udstedelse forelægges for det toldkammer i ind-

førselsstaten, hvor varerne frembydes.

A.TR.3

ASSOCIERING E.Ø.F. - TYRKIET

VARECERTIFIKAT

WARENVERKEHRSBESCHEINIGUNG

MOVEMENT CERTIFICATE

CERTIFICAT DE CIRCULATION DES MARCHANDISES

CERTIFICATO DI CIRCOLAZIONE DELLE MERCI

CERTIFICAAT INZAKE GOEDERENVERKEER

MALLARIN DOLAŞIM BELGESİ

ANMODNING OM UNDERSØGELSE

Untertegnede toldmyndighed anmoder om undersøgelse af dette certifikat med hensyn til ægtheden og rigtigheden

....., den, den,
(sted) (dato)

Toldkamrets stempel

.....
(Tjenestemandens underskrift)

RESULTATET AF UNDERSØGELSEN

Toldmyndighedens undersøgelse har vist, at

1. dette certifikat er udstedt af det angivne toldkammer, og at angivelserne i det er rigtige (!);
2. dette certifikat ikke opfylder de stillede krav med hensyn til ægthed og rigtighed (se vedføjede bemærkninger) (!).

....., den, den,
(sted) (dato)

Toldkamrets stempel

.....
(Tjenestemandens underskrift)

(!) Det ikke gældende understreges.

I. VARER, FOR HVILKE VARECERTIFIKAT A. TR. 3 KAN UDSTEDES

1. Varecertifikat A. TR. 3 kan kun udstedes for varer, der i udførselsstaten er omfattet af en af følgende kategorier:

- a) Varer, der er fremstillet i udførselsstaten, herunder sådanne varer, der er fremstillet fuldt ud eller delvis af varer, for hvilke den told og de afgifter med tilsvarende virkning, der finder anvendelse på disse, er opkrævet, og som ikke har nydt godt af hel eller delvis godtgørelse af sådan told og sådanne afgifter.
- b) Varer, der er i fri omsætning i udførselsstaten (d. v. s. varer, som hidrører fra tredjeland, for hvilke indførselsformaliteterne er opfyldt, og for hvilke told og afgifter med tilsvarende virkning er blevet opkrævet, og som ikke har nydt godt af hel eller delvis godtgørelse af sådan told og sådanne afgifter).
- c) Varer, fremstillet i udførselsstaten, og til hvis fremstilling er medgået varer, for hvilke den told og de afgifter med tilsvarende virkning, som finder anvendelse på disse, ikke er opkrævet, eller som har nydt godt af en hel eller delvis godtgørelse af nævnte told eller afgifter, på betingelse af, at den for varerne fastsatte udligningsafgift er opkrævet.

Anm.: Ethvert varecertifikat A. TR. 3 vedrørende varer, fremstillet i Fællesskabet ved anvendelse af varer, som hidrører fra

tredjeland, og som hverken i Fællesskabet eller i Tyrkiet er belagt med den told og de afgifter med tilsvarende virkning, som finder anvendelse på disse, skal være påtegnet: »Udligningsafgift-Tyrkiet«.

- d) Varer, der oprindelig er indført fra en stat, der deltager i aftalen, og som ved udførsel kan henføres til en af de under a), b) eller c) nævnte kategorier.

Anm.: For så vidt angår varer, der oprindelig er indført i udførselsstaten, og for hvilke der er udfærdiget et varecertifikat med påtegningen »Udligningsafgift-Tyrkiet«, skal det varecertifikat eller de varecertifikater A. TR. 3 som udstedes i stedet for dette, være påført den samme påtegning.

2. Landbrugsprodukter skal endvidere opfylde de supplerende betingelser, der er fastsat for sådanne produkter.

3. Varecertifikat A. TR. 3 kan ikke udstedes for varer:

- a) som i henhold til regler, der er fastsatte i denne henseende skal være forsendt direkte fra udførselsstaten til indførselsstaten.
- b) som oprindelig er importeret fra tredjeland under en toldpræferenceordning som følge af deres oprindelse eller afsendelsessted.

II. ANVENDELSESOMRÅDE FOR VARECERTIFIKAT A. TR. 3

Varecertifikat A. TR. 3 kan anvendes i alle de tilfælde hvor varecertifikat A. TR. 1 ikke kan anvendes fordi varerne ikke forsendes direkte fra udførselsstaten til indførselsstaten.

Som direkte forsendelse fra udførselsstaten til indførselsstaten anses:

- a) varer, hvis transport foregår uden passage af andre områder end Fællesskabets eller Tyrkiets.
- b) varer, hvis transport foregår med passage af andre områder

end Fællesskabets eller Tyrkiets eller som omlades i sådanne områder, såfremt transporten gennem disse områder foregår på et gennemgående transportdokument udfærdiget i Fællesskabet eller Tyrkiet.

Varecertifikat A. TR. 3 vil især kunne benyttes for varer, der er udført fra en stat, der er aftalepartner, til et land, der ikke er aftalepartner, og hvorfra de efterfølgende skal genudføres til en stat, der er aftalepartner.

III. REGLER, SOM SKAL IAGTTAGES VED UDSTEDELSEN AF VARECERTIFIKAT A. TR. 3

1. Varecertifikat A. TR. 3 skal udfærdiges på et af de sprog, på hvilke associeringsaftalen er affattet og i overensstemmelse med udførselsstatens interne retsregler. Udfærdiges certifikatet på tyrkisk, skal det ligeledes udfærdiges på et af Fællesskabets officielle sprog.
2. Varecertifikat A. TR. 3 udfærdiges med maskin- eller håndskrift; i sidstnævnte tilfælde skal det udfyldes med blæk og med blokbogstaver. Der må hverken forekomme raderinger eller overskrivninger. Ændringer skal foretages ved overstregning af de fejlagtige oplysninger, og i givet fald ved tilføjelse af de ønskede oplysninger. Enhver således foretaget ændring skal bekræftes af den, der har udstedt certifikatet, og påtegnes af toldmyndighederne.
3. Varecertifikat A. TR. 3's side 2, der er benævnt »Eksportørens erklæring« skal være udtømmende udfyldt. Oplysning om indlad-

ningsted, forsendelsesdato og varernes bestemmelsesland på udførselstidspunktet er obligatoriske oplysninger.

4. Foran hver i varecertifikat A. TR. 3 angiver vare skal anføres et løbenummer. Umiddelbart under den sidste post trækkes en vandret afslutningsstreg. Ikke udfyldte felter skal ved overstregning gøres uanvendelige for tilføjelser.

5. Varerne skal beskrives med deres sædvanlige handelsbetegnelse og med sådanne detaljer, at de let kan identificeres. Beskrivelsen skal fuldstændiggøres ved anførsel af toldposition for hver vare. Eksportøren skal vedlægge varecertifikat A. TR. 3 alle dokumenter, såsom tegninger, fotografier, kataloger m. v., som kan lette identifikationen af varerne. Hvis toldmyndighederne på udførselsstedet skønner det påkrævet, vedhæfter de disse dokumenter til varecertifikat A. TR. 3.

IV. BETYDNINGEN AF VARECERTIFIKAT A. TR. 3

Varecertifikat A. TR. 3 gør det muligt, at de varer, der er beskrevet deri, nyder godt af den gradvise afvikling af told og kvantitative restriktioner, herunder foranstaltninger med tilsvarende virkning, såfremt der ikke hersker tvivl om identiteten mellem de faktisk indførte varer og de varer, der er beskrevet i det pågældende varecertifikat A. TR. 3. Indeholder varecertifikater A. TR. 3 påtegningen »Udligningsafgift-Tyrkiet« kan de i certifikatet beskrevne varer ikke nyde

godt af en præferentiel behandling i Fællesskabets medlemsstater. Toldmyndighederne i indførselsstaten er berettiget til at kræve fremlagt enhver yderligere dokumentation, hvis de finder, at identiteten af varer ikke er behørigt godtgjort, og de er ligeledes berettiget til at nægte adgang til den gradvise afvikling af told og kvantitative restriktioner, herunder foranstaltninger med tilsvarende virkning, hvis der ikke fremlægges tilfredsstillende dokumentation.

V. FRISTEN FOR FORELÆGGELSE AF VARECERTIFIKAT A. TR. 3

Varecertifikat A. TR. 3 skal inden for en frist af seks måneder regnet fra datoen for dets udstedelse forelægges for toldmyndighederne

i indførselsstaten. Det er kun gyldigt for den mængde varer, der frembydes i denne stat inden for samme frist.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3574/73 DES RATES

vom 27. Dezember 1973

zur vollständigen oder teilweisen Aussetzung der Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in der Türkei

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf die Artikel 43 und 113,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1059/69 des Rates vom 28. Mai 1969 zur Festlegung der Handelsregelung für bestimmte, aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1491/73 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 12,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Nach Anhang Nr. 6 des Zusatzprotokolls über die Bedingungen, die Einzelheiten und den Zeitplan der Verwirklichung der in Artikel 4 des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei vorgesehenen Übergangsphase sowie gemäß Artikel 1 des wegen des Beitritts neuer Mitgliedstaaten zur Gemeinschaft geschlossenen Interimsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei muß die Gemeinschaft die Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für einige Erzeugnisse vollständig oder teilweise aussetzen. Es erscheint darüber hinaus angezeigt, vorläufig einige dieser Zollvorteile, die in dem genannten Anhang Nr. 6 vorgesehen sind, anzupassen oder zu ergänzen. Daher sollte die Gemeinschaft für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1974 für die in der Liste im Anhang zu dieser Verordnung aufgeführten Erzeugnisse mit Ursprung in der Türkei entweder den festen Teilbetrag der auf die Waren der Verordnung (EWG) Nr. 1059/69 erhobenen Abgaben oder den für die anderen Erzeugnisse geltenden Zollsatz auf dem jeweils angegebenen Niveau aussetzen.

Bei einigen Erzeugnissen der Kapitel 1 bis 24 des Gemeinsamen Zolltarifs würde dieses System jedoch dazu führen, daß in den neuen Mitgliedstaaten 1974 Zollsätze angewandt würden, die über oder sehr nahe bei denjenigen liegen, die diese Staaten gemäß der Beitrittsakte generell Drittländern gegenüber an-

wenden. Um auch bei diesen Erzeugnissen eine gleichwertige Präferenzspanne beizubehalten, wäre bei ihnen die Anwendung ermäßigter Zollsätze vorzusehen, wobei die entsprechenden Modalitäten nach dem Grundsatz festzulegen wären, daß in den neuen Mitgliedstaaten eine Präferenz beibehalten wird, die proportional zu derjenigen ist, die zwischen den Zollsätzen des Gemeinsamen Zolltarifs und den im Anhang A aufgeführten Zollsätzen besteht. Im Hinblick auf eine optimale Behandlung der Türkei wäre ferner im Einklang mit den Zielen des Präferenzsystems vorzusehen, daß die in Anhang A aufgeführten Zollsätze in all den Fällen angewandt werden, in denen die nach den obengenannten Modalitäten berechneten Zollsätze über ihnen liegen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1974 werden für die im Anhang A aufgeführten Erzeugnisse mit Ursprung in der Türkei bei der Einfuhr in die Gemeinschaft die jeweils angegebenen Zollsätze angewandt.

Bei der Einfuhr nach Dänemark, Irland und dem Vereinigten Königreich werden auf die obengenannten Erzeugnisse die Zollsätze angewandt, die man erhält, wenn die Zollsätze, die sich bei Verringerung des Abstands zwischen dem am 1. Januar 1972 gegenüber der Türkei tatsächlich angewandten Zollsatz und dem GZT-Satz um 20 % bei den Erzeugnissen des Anhangs B bzw. um 40 % bei den übrigen Erzeugnissen des Anhangs A ergeben, mit einem Koeffizienten multipliziert werden, der der Präferenzspanne zwischen den in Anhang A genannten Zollsätzen und den GZT-Sätzen entspricht.

Liegen die sich nach dieser Berechnungsmethode ergebenden Zollsätze jedoch über den Zollsätzen des Anhangs A, so werden letztere angewandt.

(2) Für die Anwendung dieser Verordnung gelten als „Erzeugnisse mit Ursprung in . . .“ oder „Ursprungserzeugnisse“ die Waren, die die Bedingungen in dem Beschluß des Assoziationsrats Nr. 4/72 vom 29. Dezember 1972 im Anhang zur Verordnung (EWG) Nr. 428/73 ⁽³⁾ erfüllen.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 141 vom 12. 6. 1969, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 151 vom 7. 6. 1973, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. 59 vom 5. 3. 1973, S. 73.

Die Zulassung der in den Anhängen aufgeführten Erzeugnisse zu den vollständigen oder teilweisen Zollaussetzungen ist mit den im Beschluß des Assoziationsrats Nr. 5/72 vom 29. Dezember 1972 im Anhang zur Verordnung (EWG) Nr. 428/73, in der Fassung des Beschlusses des Assoziationsrats Nr. 2/73 vom 17. Dezember 1973 im Anhang zur Verordnung (EWG) Nr. 3573/73 ⁽¹⁾, festgelegten Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen zu gewährleisten.

Artikel 2

Werden die Erzeugnisse, für die die Regelung des Artikels 1 gilt, in solchen Mengen oder zu solchen Preisen in die Gemeinschaft eingeführt, daß sich daraus für die Erzeuger gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Erzeugnisse in der Gemeinschaft ein ernster Schaden ergibt oder zu ergeben droht, so können die Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs für die betreffenden Erzeugnisse ganz oder teilweise wieder eingeführt werden. Diese Maßnahmen können auch dann ergriffen werden, wenn nur in einem Gebiet der Gemeinschaft ein ernster Schaden eintritt oder einzutreten droht.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 27. Dezember 1973.

Im Namen des Rates

Der Präsident

Ove GULDBERG

Artikel 3

(1) Um die Anwendung des Artikels 2 zu gewährleisten, kann die Kommission im Verordnungsweg die Wiedereinführung der Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs für einen bestimmten Zeitraum beschließen.

(2) Wird die Kommission auf Antrag eines Mitgliedstaats tätig, so trifft sie ihre Entscheidung binnen einer Frist von höchstens 10 Arbeitstagen nach Eingang des Antrags; sie unterrichtet die Mitgliedstaaten über ihre Entscheidung.

(3) Jeder Mitgliedstaat kann den Rat binnen einer Frist von 10 Arbeitstagen nach Notifizierung mit einer von der Kommission beschlossenen Maßnahme befassen. Durch die Anrufung des Rates wird die Maßnahme nicht ausgesetzt. Der Rat tritt unverzüglich zusammen. Er kann die Maßnahme mit qualifizierter Mehrheit ändern oder aufheben.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1974 in Kraft.

⁽¹⁾ Siehe Seite 2 dieses Amtsblattes.

ANHANG A

Nr. des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Zollsatz
1	2	3
02.01	Fleisch und genießbarer Schlachtabfall von den in den Tarifnummern 01.01 bis 01.04 genannten Tieren, frisch, gekühlt oder gefroren: A. Fleisch: III. von Schweinen: b) andere	frei
02.04	Anderes Fleisch und anderer genießbarer Schlachtabfall, frisch, gekühlt oder gefroren: B. von Haarwild, gefroren	frei
05.15	Waren tierischen Ursprungs, anderweit weder genannt noch inbegriffen; nicht lebende Tiere des Kapitels 1 oder 3, ungenießbar: A. Fische, Krebstiere, Weichtiere: I. Kleinfische bis 6 cm Länge und Garnelen, getrocknet	frei
07.04	Gemüse und Küchenkräuter, getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten, als Pulver oder sonst zerkleinert, aber nicht weiter zubereitet: ex B. andere: — Pilze, getrocknet, ausgenommen Zuchtpilze . . . — Cochlearia armoracia	13 % 10 %
08.01	Datteln, Bananen, Ananas, Mangofrüchte, Mangostanfrüchte, Avocadofrüchte, Guaven, Kokosnüsse, Paranüsse, Kaschunüsse, frisch oder getrocknet, auch ohne Schalen: ex E. getrocknete Schnitzel von Kokosnüssen	frei
08.05	Schalenfrüchte (ausgenommen solche der Tarifnummer 08.01), frisch oder getrocknet, auch ohne äußere Schalen oder enthäutet: D. Pistazien E. Pekan- (Hickorynüsse) F. Areka- (Betelnüsse) und Kolanüsse ex G. andere, ausgenommen Haselnüsse	frei frei frei frei
08.10	Früchte, gekocht oder nicht, gefroren, ohne Zusatz von Zucker: ex B. andere: — Quitten — Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas; Pampelmusen und Grapefruits, Preiselbeeren, Heidelbeeren, Brombeeren	16 % 12 %
08.11	Früchte, vorläufig haltbar gemacht (zum Beispiel durch Schwefeldioxid oder in Wasser, dem Salz, Schwefeldioxid oder andere vorläufig konservierend wirkende Stoffe zugesetzt sind), zum unmittelbaren Genuß nicht geeignet: C. Papaya-Früchte	3 %

Nr. des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Zollsatz
1	2	3
08.11 (Forts.)	ex D. andere: — Quitten — Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas; Pampelmusen und Grapefruits, Preisel- beeren, Heidelbeeren, Brombeeren	8 % 6 %
08.12	Früchte (ausgenommen solche der Tarifnummern 08.01 bis 08.05), getrocknet: E. Papaya-Früchte ex G. andere: — Tamarinden (Schoten, Pülpfen)	frei frei
08.13	Schalen von Zitrusfrüchten oder von Melonen, frisch, ge- froren, getrocknet oder zur vorläufigen Haltbarmachung in Salzlake oder in Wasser mit einem Zusatz von ande- ren Stoffen eingelegt	frei
09.02	Tee: A. in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von 3 kg oder weniger	frei
09.09	Anis-, Sternanis-, Fenchel-, Koriander-, Kümmel- und Wacholderfrüchte: A. weder gemahlen noch sonst zerkleinert: III. Fenchel- und Korianderfrüchte, auch Teilfrüchte; Kümmel- und Wacholderfrüchte: b) andere: 2. andere	frei
12.07	Pflanzen, Pflanzenteile, Samen und Früchte der haupt- sächlich zur Riechmittelherstellung oder zu Zwecken der Medizin, Insektenvertilgung, Schädlingsbekämpfung und dergleichen verwendeten Art, frisch oder getrocknet, ganz, in Stücken, als Pulver oder sonst zerkleinert: B. Süßholzwurzeln	frei
12.08	Johannisbrot, frisch oder getrocknet, auch als Pulver oder sonst zerkleinert; Fruchtkerne und andere Waren pflanz- lichen Ursprungs der hauptsächlich zur menschlichen Er- nährung verwendeten Art, anderweit weder genannt noch inbegriffen: B. Johannisbrotkerne: I. ungeschält, weder gemahlen noch sonst zerkleinert C. Aprikosen-, Pfirsich- oder Pflaumensteine sowie ihre ausgelösten Kerne	frei frei
15.03	Schmalzstearin; Oleostearin; Schmalzöl, Oleomargarin und Talgöl, weder emulgiert, vermischt noch anders verar- beitet: B. Talgöl zu industriellen Zwecken, ausgenommen zum Herstellen von Lebensmitteln (a)	frei

(a) Die Zulassung zu diesem Absatz unterliegt den von den zuständigen Behörden festzusetzenden Voraussetzungen.

Nr. des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Zollsatz
1	2	3
16.04	Fische, zubereitet oder haltbar gemacht, einschließlich Kaviar und Kaviarersatz: A. Kaviar und Kaviarersatz: I. Kaviar (Störrogen) II. andere B. Salmoniden ex F. Boniten und Makrelen G. andere	 15 % 24 % 8 % 21 % 14 %
16.05	Krebstiere und Weichtiere, zubereitet oder haltbar gemacht: A. Krabben: ex B. andere, ausgenommen Garnelen der Gattung „Crangon sp. p.“ und Schnecken	 10 % 8 %
18.06	Schokolade und andere kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen: A. Kakaopulver, nur durch Zusatz von Saccharose gezuckert	 7 % + bT
ex 19.04	Sago (Tapiokasago, Sago aus Sagomark und anderer), ausgenommen Kartoffelsago	 7 % + bT
20.01	Gemüse, Küchenkräuter und Früchte, mit Essig zubereitet oder haltbar gemacht, auch mit Zusatz von Salz, Gewürzen, Senf oder Zucker: ex B. andere: — mit Essig zubereitet oder haltbar gemacht, mit Zusatz von Zucker, ausgenommen Cornichons, Gurken, „Mixed Pickles“, Gemüsepaprika oder Paprika ohne brennenden Geschmack	 18 %
20.02	Gemüse und Küchenkräuter, ohne Essig zubereitet oder haltbar gemacht: E. Sauerkraut	 16 %
20.03	Früchte, gefroren, mit Zusatz von Zucker: ex A. mit einem Zuckergehalt von mehr als 13 Gewichtshundertteilen: — Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas ex B. andere: — Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas	 16 % + (Ab) 16 %
20.04	Früchte, Fruchtschalen, Pflanzen und Pflanzenteile, mit Zucker haltbar gemacht (durchtränkt und abgetropft, glasiert oder kandiert): B. andere: ex I. mit einem Zuckergehalt von mehr als 13 Gewichtshundertteilen: — Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas	 15 % + (Ab)

Nr. des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Zollsatz
1	2	3
20.04 (Forts.)	ex II. andere: — Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenom- men Ananas	15 %
20.05	Konfitüren, Marmeladen, Fruchtgelees, Fruchtpasten und Fruchtmuse, durch Kochen hergestellt, auch mit Zusatz von Zucker: B. Konfitüren und Marmeladen, von Zitrusfrüchten: ex I. mit einem Zuckergehalt von mehr als 30 Ge- wichtshundertteilen, ausgenommen Konfitüren und Marmeladen aus Orangen ex II. mit einem Zuckergehalt von mehr als 13 bis 30 Gewichtshundertteilen, ausgenommen Konfitü- ren und Marmeladen aus Orangen ex III. andere, ausgenommen Konfitüren und Marme- laden aus Orangen C. andere: I. mit einem Zuckergehalt von mehr als 30 Ge- wichtshundertteilen ex b) andere: — Früchte der Tarifnummer 08.01, aus- genommen Ananas ex II. mit einem Zuckergehalt von mehr als 13 bis 30 Gewichtshundertteilen: — Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenom- men Ananas ex III. andere: — Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenom- men Ananas	19 % + (Ab) 19 % + (Ab) 19 % 19 % + (Ab) 19 % + (Ab) 19 %
20.06	Früchte, in anderer Weise zubereitet oder haltbar ge- macht, auch mit Zusatz von Zucker oder Alkohol: B. andere: I. mit Zusatz von Alkohol: a) Ingwer b) Ananas, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts: 1. von mehr als 1 kg: aa) mit einem Zuckergehalt von mehr als 17 Gewichtshundertteilen bb) andere 2. von 1 kg oder weniger: aa) mit einem Zuckergehalt von mehr als 19 Gewichtshundertteilen bb) andere c) Weintrauben: 1. mit einem Zuckergehalt von mehr als 13 Ge- wichtshundertteilen 2. andere	19 % 19 % + (Ab) 19 % 19 % + (Ab) 19 % 25 % + (Ab) 25 %

Nr. des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Zollsatz
1	2	3
20.06 (Forts.)	<p>d) Pfirsiche, Birnen und Aprikosen, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts:</p> <p>1. von mehr als 1 kg:</p> <p>aa) mit einem Zuckergehalt von mehr als 13 Gewichtshundertteilen</p> <p>bb) andere</p> <p>2. von 1 kg oder weniger:</p> <p>aa) mit einem Zuckergehalt von mehr als 15 Gewichtshundertteilen</p> <p>bb) andere</p> <p>e) andere Früchte:</p> <p>ex 1. mit einem Zuckergehalt von mehr als 9 Gewichtshundertteilen, ausgenommen Kirschen</p> <p>ex 2. andere, ausgenommen Kirschen</p> <p>f) Gemische von Früchten:</p> <p>1. mit einem Zuckergehalt von mehr als 9 Gewichtshundertteilen</p> <p>2. andere</p> <p>II. ohne Zusatz von Alkohol:</p> <p>a) mit Zusatz von Zucker, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von mehr als 1 kg:</p> <p>2. Segmente von Pampelmusen und Grapefruits</p> <p>3. Mandarinen</p> <p>4. Weintrauben</p> <p>ex 7. andere Früchte:</p> <p>— Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas</p> <p>— Tamarinden (Schoten, Pülp)</p> <p>b) mit Zusatz von Zucker, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von 1 kg oder weniger:</p> <p>2. Segmente von Pampelmusen und Grapefruits</p> <p>3. Mandarinen</p> <p>4. Weintrauben</p> <p>ex 7. andere Früchte:</p> <p>— Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas</p> <p>c) ohne Zusatz von Zucker, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts:</p> <p>1. von 4,5 kg oder mehr:</p> <p>ex cc) andere Früchte:</p> <p>— Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas</p>	<p>25 % + (Ab)</p> <p>25 %</p> <p>25 % + (Ab)</p> <p>25 %</p> <p>25 % + (Ab)</p> <p>25 %</p> <p>25 % + (Ab)</p> <p>25 %</p> <p>15 % + (Ab)</p> <p>19 % + (Ab)</p> <p>18 % + (Ab)</p> <p>13 % + (Ab)</p> <p>13 % + (Ab)</p> <p>16 % + (Ab)</p> <p>20 % + (Ab)</p> <p>19 % + (Ab)</p> <p>15 % + (Ab)</p> <p>14 %</p>

Nr. des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Zollsatz
1	2	3
20.06 (Forts.)	ex 2. von weniger als 4,5 kg: — Früchte der Tarifnummer 08.01, aus- genommen Ananas	14 %
20.07	<p>Fruchtsäfte (einschließlich Traubensaft) und Gemüsesäfte, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, auch mit Zu- satz von Zucker:</p> <p>A. mit einer Dichte bei 15 °C von mehr als 1,33:</p> <p>III. andere:</p> <p>ex a) mit einem Wert von mehr als 30 RE für 100 kg Eigengewicht: — aus Früchten der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas</p> <p>b) mit einem Wert von 30 RE oder weniger für 100 kg Eigengewicht:</p> <p>ex 1. mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von mehr als 30 Gewichts- hundertteilen: — aus Früchten der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas . . .</p> <p>ex 2. andere: — aus Früchten der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas . . .</p> <p>B. mit einer Dichte bei 15 °C von 1,33 oder weniger:</p> <p>II. andere:</p> <p>a) mit einem Wert von mehr als 30 RE für 100 kg Eigengewicht:</p> <p>2. aus Pampelmusen und Grapefruits . . .</p> <p>ex 3. aus anderen Zitrusfrüchten:</p> <p>aa) zugesetzten Zucker enthaltend . . .</p> <p>bb) andere</p> <p>ex 6. aus anderen Früchten und Gemüsen, aus- genommen Aprikosen und Pfirsiche:</p> <p>aa) zugesetzten Zucker enthaltend . . .</p> <p>bb) andere</p> <p>7. Gemische:</p> <p>ex bb) andere, ausgenommen Gemische, die einzeln oder zusammen mehr als 25 % Saft von Weintrauben, Zitrusfrüchten, Ananas, Äpfeln, Birnen, Tomaten, Aprikosen oder Pfirsichen enthalten:</p> <p>11. zugesetzten Zucker enthaltend . . .</p> <p>22. andere</p> <p>b) mit einem Wert von 30 RE oder weniger für 100 kg Eigengewicht:</p> <p>2. aus Pampelmusen und Grapefruits:</p> <p>aa) mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von mehr als 30 Gewichts- hundertteilen</p> <p>bb) andere</p>	<p>25 %</p> <p>25 % + (Ab)</p> <p>25 %</p> <p>12 %</p> <p>14 %</p> <p>15 %</p> <p>17 %</p> <p>18 %</p> <p>17 %</p> <p>18 %</p> <p>12 % + (Ab)</p> <p>12 %</p>

Nr. des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Zollsatz
1	2	3
20.07 (Forts.)	<p>4. aus anderen Zitrusfrüchten:</p> <p>aa) mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von mehr als 30 Gewichtshundertteilen</p> <p>bb) mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von 30 Gewichtshundertteilen oder weniger</p> <p>cc) keinen zugesetzten Zucker enthaltend</p> <p>7. aus anderen Früchten und Gemüsen, ausgenommen Aprikosen und Pfirsiche:</p> <p>ex aa) mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von 30 Gewichtshundertteilen</p> <p>ex bb) mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von 30 Gewichtshundertteilen oder weniger</p> <p>ex cc) keinen zugesetzten Zucker enthaltend</p> <p>8. Gemische:</p> <p>ex bb) andere, ausgenommen Gemische, die einzeln oder zusammen mehr als 25 % Saft von Weintrauben, Zitrusfrüchten, Ananas, Äpfeln, Birnen, Tomaten, Aprikosen oder Pfirsichen enthalten:</p> <p>11. mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von mehr als 30 Gewichtshundertteilen</p> <p>22. mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von 30 Gewichtshundertteilen oder weniger</p> <p>33. keinen zugesetzten Zucker enthaltend</p>	<p>14 %</p> <p>14 %</p> <p>15 %</p> <p>17 % + (Ab)</p> <p>17 %</p> <p>18 %</p> <p>17 % + (Ab)</p> <p>17 %</p> <p>18 %</p>
23.01	<p>Mehl von Fleisch, von Schlachtabfall, von Fischen, von Krebstieren oder von Weichtieren, ungenießbar; Grieben:</p> <p>B. Mehl von Fischen, von Krebstieren oder von Weichtieren</p>	<p>frei</p>
23.06	<p>Waren pflanzlichen Ursprungs der als Futter verwendeten Art, anderweit weder genannt noch inbegriffen:</p> <p>B. andere</p>	<p>frei</p>

ANHANG B

Liste der Erzeugnisse, bei denen der Abstand zwischen den am 1. Januar 1972 von Dänemark, Irland und dem Vereinigten Königreich gegenüber der Türkei tatsächlich angewandten Zollsätzen und den Zollsätzen des Gemeinsamen Zolltarifs gemäß Artikel 1 dieser Verordnung um 20 % zu verringern ist

Nr. des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
07.04	<p>Gemüse und Küchenkräuter, getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten, als Pulver oder sonst zerkleinert, aber nicht weiter zubereitet:</p> <p>ex B. andere:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Pilze, getrocknet, ausgenommen Zuchtpilze; — Cochlearia armoracia
08.05	<p>Schalenfrüchte (ausgenommen solche der Tarifnummer 08.01), frisch oder getrocknet, auch ohne äußere Schalen oder enthäutet:</p> <p>D. Pistazien</p> <p>E. Pekan-(Hickorynüsse)</p> <p>ex G. andere, außer Haselnüssen</p>
08.10	<p>Früchte, gekocht oder nicht, gefroren, ohne Zusatz von Zucker:</p> <p>ex B. andere:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Quitten — Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas; Pampelmusen und Grapefruits, Preiselbeeren, Heidelbeeren, Brombeeren
08.11	<p>Früchte, vorläufig haltbar gemacht (z. B. durch Schwefeldioxid oder in Wasser, dem Salz, Schwefeldioxid oder andere vorläufig konservierend wirkende Stoffe zugesetzt sind), zum unmittelbaren Genuß nicht geeignet:</p> <p>C. Papaya-Früchte</p> <p>ex D. andere:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Quitten — Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas; Pampelmusen und Grapefruits, Preiselbeeren, Heidelbeeren, Brombeeren
08.12	<p>Früchte (ausgenommen solche der Tarifnummern 08.01 bis 08.05), getrocknet:</p> <p>E. Papaya-Früchte</p> <p>ex G. andere:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Tamarinden (Hülsen, Pülpfen)
08.13	<p>Schalen von Zitrusfrüchten oder von Melonen, frisch, gefroren, getrocknet oder zur vorläufigen Haltbarmachung in Salzlake oder in Wasser mit einem Zusatz von anderen Stoffen eingelegt</p>
16.02	<p>Fleisch und Schlachtabfall, anders zubereitet oder haltbar gemacht:</p> <p>B. andere:</p> <p>III. andere:</p> <p>b) andere:</p> <p>ex 1. Rindfleisch oder Schlachtabfall von Rindern enthaltend:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Rinderzunge, zubereitet oder haltbar gemacht

Nr. des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
20.01	<p>Gemüse, Küchenkräuter und Früchte, mit Essig zubereitet oder haltbar gemacht, auch mit Zusatz von Salz, Gewürzen, Senf oder Zucker:</p> <p>ex B. andere:</p> <p>— mit Essig zubereitet oder haltbar gemacht, mit Zusatz von Zucker, ausgenommen Cornichons, Gurken, „Mixed Pickles“, Gemüsepaprika oder Paprika ohne brennenden Geschmack</p>
20.02	<p>Gemüse und Küchenkräuter, ohne Essig zubereitet oder haltbar gemacht</p> <p>E. Sauerkraut</p>
20.03	<p>Früchte, gefroren, mit Zusatz von Zucker:</p> <p>ex A. mit einem Zuckergehalt von mehr als 13 Gewichtshundertteilen:</p> <p>— Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas</p> <p>ex B. andere:</p> <p>— Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas</p>
20.04	<p>Früchte, Fruchtschalen, Pflanzen und Pflanzenteile, mit Zucker haltbar gemacht (durchtränkt und abgetropft, glasiert oder kandierte):</p> <p>B. andere:</p> <p>ex I. mit einem Zuckergehalt von mehr als 13 Gewichtshundertteilen:</p> <p>— Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas</p> <p>ex II. andere:</p> <p>— Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas</p>
20.05	<p>Konfitüren, Marmeladen, Fruchtgelees, Fruchtpasten und Fruchtmuse, durch Kochen hergestellt, auch mit Zusatz von Zucker:</p> <p>B. Konfitüren und Marmeladen, von Zitrusfrüchten:</p> <p>ex I. mit einem Zuckergehalt von mehr als 30 Gewichtshundertteilen, ausgenommen Konfitüren und Marmeladen aus Orangen</p> <p>ex II. mit einem Zuckergehalt von mehr als 13 bis 30 Gewichtshundertteilen, ausgenommen Konfitüren und Marmeladen aus Orangen</p> <p>ex III. andere, ausgenommen Konfitüren und Marmeladen aus Orangen</p> <p>C. andere:</p> <p>I. mit einem Zuckergehalt von mehr als 30 Gewichtshundertteilen:</p> <p>ex b) andere:</p> <p>— Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas</p> <p>ex II. mit einem Zuckergehalt von mehr als 13 bis 30 Gewichtshundertteilen:</p> <p>— Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas</p> <p>ex III. andere:</p> <p>— Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas</p>
20.06	<p>Früchte, in anderer Weise zubereitet oder haltbar gemacht, auch mit Zusatz von Zucker oder Alkohol:</p> <p>B. andere:</p> <p>I. mit Zusatz von Alkohol:</p> <p>a) Ingwer</p> <p>b) Ananas, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts:</p>

Nr. des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
20.06 (Forts.)	<ol style="list-style-type: none"> 1. von mehr als 1 kg: <ol style="list-style-type: none"> aa) mit einem Zuckergehalt von mehr als 17 Gewichtshundertteilen bb) andere 2. von 1 kg oder weniger: <ol style="list-style-type: none"> aa) mit einem Zuckergehalt von mehr als 19 Gewichtshundertteilen bb) andere c) Weintrauben: <ol style="list-style-type: none"> 1. mit einem Zuckergehalt von mehr als 13 Gewichtshundertteilen 2. andere d) Pfirsiche, Birnen und Aprikosen, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts: <ol style="list-style-type: none"> 1. von mehr als 1 kg: <ol style="list-style-type: none"> aa) mit einem Zuckergehalt von mehr als 13 Gewichtshundertteilen bb) andere 2. von 1 kg oder weniger: <ol style="list-style-type: none"> aa) mit einem Zuckergehalt von mehr als 15 Gewichtshundertteilen bb) andere e) andere Früchte: <ol style="list-style-type: none"> ex 1. mit einem Zuckergehalt von mehr als 9 Gewichtshundertteilen, ausgenommen Kirschen ex 2. andere, ausgenommen Kirschen f) Gemische von Früchten: <ol style="list-style-type: none"> 1. mit einem Zuckergehalt von mehr als 9 Gewichtshundertteilen 2. andere <p>II. ohne Zusatz von Alkohol:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) mit Zusatz von Zucker, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von mehr als 1 kg: <ol style="list-style-type: none"> 2. Segmente von Pampelmusen und Grapefruits 3. Mandarinen 4. Weintrauben ex 7. andere Früchte: <ul style="list-style-type: none"> — Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas — Tamarinden (Schoten, Pülpfen) b) mit Zusatz von Zucker, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von 1 kg oder weniger: <ol style="list-style-type: none"> 2. Segmente von Pampelmusen und Grapefruits 3. Mandarinen 4. Weintrauben ex 7. andere Früchte: <ul style="list-style-type: none"> — Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas c) ohne Zusatz von Zucker, in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts: <ol style="list-style-type: none"> 1. von 4,5 kg oder mehr: <ol style="list-style-type: none"> ex cc) andere Früchte: <ul style="list-style-type: none"> — Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas ex 2. von weniger als 4,5 kg: <ul style="list-style-type: none"> — Früchte der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas

Nr. des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
20.07	<p>Fruchtsäfte (einschließlich Traubensaft) und Gemüsesäfte, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, auch mit Zusatz von Zucker:</p> <p>A. mit einer Dichte bei 15 °C von mehr als 1,33:</p> <p>III. andere:</p> <p>ex a) mit einem Wert von mehr als 30 RE für 100 kg Eigengewicht:</p> <p>— aus Früchten der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas</p> <p>b) mit einem Wert von 30 RE oder weniger für 100 kg Eigengewicht:</p> <p>ex 1. mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von mehr als 30 Gewichtshundertteilen:</p> <p>— aus Früchten der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas</p> <p>ex 2. andere:</p> <p>— aus Früchten der Tarifnummer 08.01, ausgenommen Ananas</p> <p>B. mit einer Dichte bei 15 °C von 1,33 oder weniger:</p> <p>II. andere:</p> <p>a) mit einem Wert von mehr als 30 RE für 100 kg Eigengewicht:</p> <p>2. aus Pampelmusen und Grapefruits</p> <p>ex 3. aus anderen Zitrusfrüchten:</p> <p>aa) zugesetzten Zucker enthaltend</p> <p>bb) andere</p> <p>ex 6. aus anderen Früchten und Gemüsen, ausgenommen Aprikosen und Pfirsiche:</p> <p>aa) zugesetzten Zucker enthaltend</p> <p>bb) andere</p> <p>7. Gemische:</p> <p>ex bb) andere, ausgenommen Gemische, die einzeln oder zusammen mehr als 25 % Saft von Weintrauben, Zitrusfrüchten, Ananas, Äpfeln, Birnen, Tomaten, Aprikosen oder Pfirsichen enthalten:</p> <p>11. zugesetzten Zucker enthaltend</p> <p>22. andere</p> <p>b) mit einem Wert von 30 RE oder weniger für 100 kg Eigengewicht:</p> <p>2. aus Pampelmusen und Grapefruits:</p> <p>aa) mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von mehr als 30 Gewichtshundertteilen</p> <p>bb) andere</p> <p>4. aus anderen Zitrusfrüchten:</p> <p>aa) mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von mehr als 30 Gewichtshundertteilen</p> <p>bb) mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von 30 Gewichtshundertteilen oder weniger</p> <p>cc) keinen zugesetzten Zucker enthaltend</p>

Nr. des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
20.07 (Forts.)	<p>7. aus anderen Früchten und Gemüsen, ausgenommen Aprikosen und Pfirsiche:</p> <ul style="list-style-type: none">ex aa) mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von mehr als 30 Gewichtshundertteilenex bb) mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von 30 Gewichtshundertteilen oder wenigerex cc) keinen zugesetzten Zucker enthaltend <p>8. Gemische:</p> <ul style="list-style-type: none">ex bb) andere, ausgenommen Gemische, die einzeln oder zusammen mehr als 25 % Saft von Weintrauben, Zitrusfrüchten, Ananas, Äpfeln, Birnen, Tomaten, Aprikosen oder Pfirsichen enthalten:<ul style="list-style-type: none">11. mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von mehr als 30 Gewichtshundertteilen22. mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von 30 Gewichtshundertteilen oder weniger33. keinen zugesetzten Zucker enthaltend

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3575/73 DES RATES

vom 27. Dezember 1973

zur Eröffnung eines Zollkontingents für Frühkartoffeln der Tarifstelle 07.01 A II
des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Zypern für das Jahr 1974DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 113,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Das Protokoll zur Festlegung einiger infolge des Beitritts neuer Mitgliedstaaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft notwendiger Bestimmungen zum Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern⁽¹⁾ sieht vor, daß der Republik Zypern für die Zeit vom 1. Januar 1974 bis zum 30. Juni 1977 für Frühkartoffeln der Tarifstelle 07.01 A II des Gemeinsamen Zolltarifs, mit Ursprung in Zypern, bei der Einfuhr in das Vereinigte Königreich zollfreie Jahreskontingente gewährt werden; die Jahresmenge dieses Zollkontingents muß den herkömmlichen Einfuhren des Vereinigten Königreichs aus Zypern Rechnung tragen; daher ist die Kontingentsmenge für 1974 auf 110 000 „long tons“ festzusetzen.

Es muß gewährleistet sein, daß alle Importeure den gleichen und kontinuierlichen Zugang zum Zollkontingent haben und daß die Kontingentszollsätze ohne Unterbrechung auf alle Einfuhren dieser Ware bis

zur völligen Ausnutzung des Kontingents angewandt werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1974 wird für das Vereinigte Königreich ein zollfreies Zollkontingent von 110 000 „long tons“ für Frühkartoffeln der Tarifstelle 07.01 A II des Gemeinsamen Zolltarifs, mit Ursprung in Zypern, eröffnet.

Artikel 2

(1) Das Vereinigte Königreich garantiert allen in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Importeuren, die diese Ware einführen, den freien Zugang zu diesem Zollkontingent.

(2) Der Stand der Ausnutzung des Zollkontingents wird an Hand der Einfuhren dieser Ware festgestellt, die bei der Zollstelle zwecks Abfertigung zum freien Verkehr angemeldet worden ist.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1974 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 27. Dezember 1973.

Im Namen des Rates

Der Präsident

Ove GULDBERG

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 133 vom 21. 5. 1973, S. 88.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3576/73 DES RATES

vom 28. Dezember 1973

zur Verlängerung und Änderung der mit der Verordnung (EWG) Nr. 1253/73 getroffenen Einfuhrregelung für das Weinbauerzeugnis mit Ursprung in und Herkunft aus Zypern, das unter der Bezeichnung „Cyprus sherry“ ausgeführt wird, sowie der Beihilfe-
regelung für gleichartige Weinbauerzeugnisse, die in der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung erzeugt und nach Irland und dem Vereinigten Königreich ausgeführt werden

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 43,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Verordnung (EWG) Nr. 1253/73 ⁽¹⁾ hat die Einfuhr des Weinbauerzeugnisses mit Ursprung in und Herkunft aus Zypern, das unter der Bezeichnung „Cyprus sherry“ ausgeführt wird, geregelt und Beihilfen für gleichartige Weinbauerzeugnisse, die in der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung erzeugt und nach Irland und dem Vereinigten Königreich ausgeführt werden, vorgesehen.

Diese Regelung gilt bis zum 31. Dezember 1973. Gemäß Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1253/73 kann der Rat jedoch unter der Bedingung, daß die Republik Zypern vor dem 1. September 1973 eine Weinmarktregelung erläßt, die der Gemeinschaftsregelung für die in Artikel 1 genannten Erzeugnisse entspricht, nach dem in Artikel 43 Absatz 2 des Vertrages vorgesehenen Abstimmungsverfahren auf Vorschlag der Kommission die erforderlichen Vorschriften erlassen, um die Verlängerung dieser Regelung gemäß dem Briefwechsel im Anhang zu dem Protokoll zur Festlegung einiger infolge des Beitritts neuer Mitgliedstaaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft notwendiger Bestimmungen zum Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern sicherzustellen ⁽²⁾.

Die Republik Zypern hat am 31. August 1973 eine neue Weinmarktordnung erlassen und der Kommission am 16. Oktober 1973 die Gesetzestexte zur Verfügung gestellt.

Die derzeit verfügbaren Angaben reichen jedoch nicht aus, um erschöpfend und abschließend zu der Frage Stellung nehmen zu können, ob das von Zypern erlassene Gesetz mit der Gemeinschaftsregelung übereinstimmt.

Unter diesen Umständen ist es erforderlich, die erlassene Regelung zusammen mit den zyprischen Behörden zu überprüfen und sie gegebenenfalls in der notwendigen Weise zu ändern. Die zyprischen Behörden haben sich bereit erklärt, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die beste Lösung für eine zweckgerechte Durchführung des vorgenannten Briefwechsels zu finden.

In der Zwischenzeit sollte eine Unterbrechung der für die Einfuhren des genannten Erzeugnisses nach Irland und dem Vereinigten Königreich geltenden Regelung vermieden werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1974 wird die in Artikel 9 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 816/70 des Rates zur Festlegung ergänzender Vorschriften für die gemeinsame Marktorganisation für Wein ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2592/73 ⁽⁴⁾, vorgesehene Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr des unter der Bezeichnung „Cyprus sherry“ ausgeführten Weinbauerzeugnisses mit Ursprung in und Herkunft aus Zypern nach Irland und dem Vereinigten Königreich in einem Umfang von 200 000 hl nicht erhoben.

Artikel 2

(1) Die in Artikel 1 festgesetzte Menge von 200 000 hl wird in zwei Quoten von 2 000 hl für Irland und 198 000 hl für das Vereinigte Königreich aufgeteilt.

(2) Die in Absatz 1 genannten Mitgliedstaaten garantieren den auf ihrem Hoheitsgebiet niedergelassenen Importeuren des genannten Erzeugnisses den freien Zugang zu den ihnen zugeteilten Quoten.

(3) Die Ausnutzung der Quoten der in Absatz 1 genannten Mitgliedstaaten wird auf Grund der Einfuhren der Waren festgestellt, die bei der Zollstelle

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 133 vom 21. 5. 1973, S. 115.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 133 vom 21. 5. 1973, S. 95.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 99 vom 5. 5. 1970, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 259 vom 26. 9. 1973, S. 1.

mit einer Anmeldung zur Abfertigung zum freien Verkehr gestellt werden.

(4) Die in Absatz 1 genannten Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission regelmäßig über die Einfuhren mit Ursprung in Zypern, die tatsächlich auf ihre Quoten angerechnet wurden.

Artikel 3

Weinbauerzeugnisse, bei deren Einfuhr nach Irland und dem Vereinigten Königreich die Ausgleichsabgabe gemäß Artikel 1 nicht erhoben worden ist, dürfen nicht in andere Mitgliedstaaten verbracht werden.

Artikel 4

(1) Für die ab 1. Februar 1973 bis zum 31. Dezember 1974 nach Irland und dem Vereinigten Königreich gelieferten Weinbauerzeugnisse, die in der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung erzeugt wurden und dem unter der Bezeichnung „Cyprus sherry“ ausgeführten Weinbauerzeugnis gleichen, werden Beihilfen gewährt.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 28. Dezember 1973.

(2) Die in Absatz 1 genannten Beihilfen werden auf Grund der Differenz berechnet, die auf dem Markt der in Absatz 1 genannten Mitgliedstaaten zwischen den Preisen für Gemeinschaftsweinbauerzeugnisse und für das unter der Bezeichnung „Cyprus sherry“ ausgeführte Weinbauerzeugnis festgestellt wird.

Artikel 5

Die Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung, insbesondere über die Höhe der Beihilfe und die beihilfefähigen Gemeinschaftsweinbauerzeugnisse, werden nach dem Verfahren des Artikels 7 der Verordnung Nr. 24 über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Wein⁽¹⁾ erlassen.

Artikel 6

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Im Namen des Rates

Der Präsident

Ove GULDBERG

⁽¹⁾ ABl. Nr. 30 vom 20. 4. 1962, S. 989/62.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3577/73 DES RATES

vom 28. Dezember 1973

über die Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten betreffend bestimmte Textilwaren mit Ursprung in Jugoslawien

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat im Rahmen der WHK ein Angebot über die Gewährung von Zollpräferenzen für Halbfertigwaren und Fertigwaren mit Ursprung in Entwicklungsländern hinterlegt. Die in diesem Angebot vorgesehene Präferenzbehandlung erstreckt sich in der Regel auf alle unter Kapitel 25 bis 99 des Brüsseler Zolltarifschemas fallenden gewerblichen Halb- und Fertigwaren mit Ursprung in Entwicklungsländern.

Für die im langfristigen Abkommen über den internationalen Handel mit Baumwolltextilerzeugnissen⁽¹⁾ erfaßten Waren sieht das betreffende Angebot vor, daß die Präferenzen in Form von zollfreien Plafonds den Ländern gewährt werden sollen, die zu den von den allgemeinen Präferenzen begünstigten Ländern gehören und Unterzeichnerstaaten des langfristigen Baumwollabkommens sind, oder gegebenenfalls den begünstigten Ländern, die gegenüber der Gemeinschaft ähnliche Verpflichtungen übernehmen, wie sie im Rahmen dieses langfristigen Abkommens bestehen, und zwar für die Dauer des genannten Abkommens. Angesichts der in Artikel 6 des langfristigen Baumwollabkommens festgelegten Verbindung zwischen Baumwollwaren und ihren Substitutionserzeugnissen erscheint es im vorliegenden Fall, da es sich um eine vollständige Zollausssetzung handelt, gerechtfertigt, für die Substitutionserzeugnisse, die auf der von der Gemeinschaft bei den letzten Zollverhandlungen beim GATT hinterlegten Liste der bedingten teilweisen und begrenzten Zollsenkungen stehen, die gleiche vorstehend beschriebene Regelung anzuwenden.

Dieses Angebot ist mit einer Klausel verbunden, wonach die Gemeinschaft das Angebot in der Annahme gemacht hat, daß sich alle wichtigen Industrieländer der OECD an der Gewährung der Präferenzen beteiligen und vergleichbare Anstrengungen machen. Ferner ergibt sich aus den innerhalb der WHK abgestimmten Schlußfolgerungen, daß dieses Angebot mit zeitweiligem Charakter keine zwingende Verpflichtung beinhaltet und insbesondere später ganz oder teilweise zurückgezogen werden kann. Von

dieser Möglichkeit kann unter anderem Gebrauch gemacht werden, um ungünstige Situationen zu beheben, die möglicherweise als Folge der Gewährung der allgemeinen Präferenzen in den assoziierten Staaten auftreten.

Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und der ihnen beitretenden Staaten, die vom 19. bis 21. Oktober 1972 in Paris stattfand, hat die Organe der Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten aufgefordert, schrittweise eine umfassende, weltweite Politik der Entwicklungshilfe zu verwirklichen, die insbesondere eine Verbesserung der allgemeinen Präferenzen mit dem Ziel, ein regelmäßiges Anwachsen der Einfuhren von Fertigerzeugnissen aus den Entwicklungsländern herbeizuführen, zum Inhalt hat.

Gemäß Protokoll Nr. 23 im Anhang zur Beitrittsakte⁽²⁾ ist das System allgemeiner Zollpräferenzen in den neuen Mitgliedstaaten ab 1. Januar 1974 anzuwenden.

Für die verschiedenen Gruppen der betreffenden Textilerzeugnisse wurde das genannte Angebot durch die Verordnung (EWG) Nr. 3502/73 des Rates vom 18. Dezember 1973 zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten betreffend bestimmte Textilwaren mit Ursprung in Entwicklungsländern⁽³⁾ und die Verordnung (EWG) Nr. 3503/73 des Rates vom 18. Dezember 1973 zur Eröffnung von Zollpräferenzen für bestimmte Textilerzeugnisse mit Ursprung in Entwicklungsländern⁽⁴⁾ für das Jahr 1974 zugunsten der Entwicklungsländer, die die vorstehenden Voraussetzungen erfüllen und in Anhang B dieser Verordnungen aufgeführt sind, eingeführt. Diese Maßnahme wurde als Übergangsmaßnahme getroffen, da die Kommission hofft, daß die betreffenden Länder zumindest im Verlauf von 1974 die Maßnahmen ergreifen, mit denen die Einhaltung gleichwertiger Zielsetzungen sichergestellt werden kann. Jugoslawien hat seinerseits ähnliche Verpflichtungen übernommen, wie sie im Rahmen des langfristigen Abkommens bestehen. Es erscheint daher angebracht, Jugoslawien in den Genuß der Zollpräferenzen für die betreffenden Textilerzeugnisse kommen zu lassen, und zwar ebenfalls für die gesamte Dauer des Jahres 1974. Um die Vorteile der derzeitigen Begünstigten für diese Erzeugnisse nicht zu beeinträchtigen, ist es angebracht, besondere zollfreie Plafonds, die ausschließlich Ursprungserzeugnissen aus Jugoslawien

⁽²⁾ ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 358 vom 28. 12. 1973.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 358 vom 28. 12. 1973.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 225 vom 12. 10. 1970, S. 29.

zugänglich sind, zu eröffnen. Es ist angebracht, daß diese einzelnen Plafonds im Normalfall mit dem Höchstbetrag übereinstimmen, der in den Verordnungen (EWG) Nr. 3502/73 und (EWG) Nr. 3503/73 für die entsprechenden Erzeugnisse festgesetzt worden ist, mit einer Mindest- bzw. Höchstgrenze von 10 % bzw. 100 % der jugoslawischen Ausfuhr dieser Erzeugnisgruppen in die Gemeinschaft im Jahre 1968.

Es empfiehlt sich somit, daß die Gemeinschaft für die im Anhang zu dieser Verordnung aufgeführten Waren bis 31. Dezember 1974 zollfreie Gemeinschaftszollkontingente in Höhe der für die einzelnen Waren in Tonnen angegebenen Höchstbeträge eröffnet. Die Zulassung zu diesen Zollkontingenten ist den Erzeugnissen mit Ursprung in Jugoslawien vorzubehalten, wobei der Begriff des Warenursprungs nach dem Verfahren des Artikels 14 der Verordnung (EWG) Nr. 802/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Begriffsbestimmung für den Warenursprung ⁽¹⁾ festgelegt wird.

Der Gemeinschaftscharakter dieser Kontingente kann dadurch gewahrt werden, daß bei der Ausnutzung der Gemeinschaftszollkontingente eine Aufteilung des Volumens auf die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zugrunde gelegt wird. Wegen der Verschiedenartigkeit der betreffenden Waren führt jedoch im vorliegenden Fall die Anwendung der im allgemeinen für die Aufteilung der bisher eröffneten Gemeinschaftszollkontingente angewandten Grundsätze zu Berechnungen, die um so schwieriger werden, als die erforderlichen statistischen Angaben sich gelegentlich als unvollständig, ungenau oder als nicht repräsentativ erweisen. Die für die Berechnung erforderliche Frist ist nicht mit der notwendigen Kontinuität in der Anwendung der betreffenden Zollpräferenzen in Einklang zu bringen. Unter diesen Umständen ist es angezeigt, noch in diesem Stadium auf eine pauschale Aufteilung für die betreffenden Gemeinschaftszollkontingente auf die Mitgliedstaaten zurückzugreifen. Auf der Grundlage allgemeiner wirtschaftlicher Kriterien, d. h. des Außenhandels auf dem Textilsektor, des Bruttosozialprodukts und der Bevölkerungszahl ergeben sich für den in Betracht gezogenen Kontingentszeitraum folgende Prozentsätze der ursprünglichen Beteiligung jedes Mitgliedstaats an den Kontingentsbeträgen:

Deutschland	27 %
Benelux	10 %
Frankreich	19 %
Italien	14 %
Dänemark	7 %
Irland	1 %
Vereinigtes Königreich	22 %

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 1.

Da das Volumen der Zollkontingente relativ niedrig ist, erscheint es ohne Verletzung des Gemeinschaftscharakters dieser Kontingente möglich, im vorliegenden Fall ein System der Ausnutzung vorzusehen, das auf einer einmaligen Aufteilung beruht. Diese Aufteilung könnte also nach den in vorstehender Tabelle aufgeführten Prozentsätzen erfolgen.

Da das Königreich Belgien, das Königreich der Niederlande und das Großherzogtum Luxemburg sich zu der Wirtschaftsunion Benelux zusammengeschlossen haben und durch diese bei der Aufteilung der betreffenden Zollkontingente vertreten werden, kann jede Maßnahme im Zusammenhang mit der Verwaltung der dieser Wirtschaftsunion zugeteilten Quoten durch eines ihrer Mitglieder erfolgen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1974 werden die Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs und die Zollsätze der neuen Mitgliedstaaten für die im Anhang aufgeführten Waren im Rahmen von Gemeinschaftszollkontingenten in Höhe der für die einzelnen Waren in Spalte 3 des Anhangs in Tonnen aufgeführten Mengen vollständig ausgesetzt.

Irland ist ermächtigt, Kontingentszollsätze anzuwenden, die gleich den Zollsätzen sind, die Irland für die gleichen Waren gegenüber den anderen Mitgliedstaaten, ausgenommen dem Vereinigten Königreich, anwendet.

(2) Die Zulassung zu den in Absatz 1 genannten Zollkontingenten ist für Waren mit Ursprung in Jugoslawien vorbehalten. Der Begriff des Warenursprungs zum Zweck der Anwendung dieser Verordnung wird gemäß dem Verfahren des Artikels 14 der Verordnung (EWG) Nr. 802/68 festgesetzt.

Artikel 2

Die in Artikel 1 Absatz 1 genannten Gemeinschaftszollkontingente werden in Quoten aufgeteilt, die sich für die einzelnen Mitgliedstaaten auf die den in Spalte 4 des Anhangs für die einzelnen Warengruppen angegebenen Mengen belaufen.

Artikel 3

(1) Die Mitgliedstaaten garantieren den freien Zugang zu der ihnen zugeteilten Quote den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Importeuren dieser Erzeugnisse.

(2) Der Stand der tatsächlichen Ausschöpfung der Quoten der Mitgliedstaaten wird an Hand der zur Abfertigung zum freien Verkehr angemeldeten und

mit einem Ursprungszeugnis gemäß Artikel 1 Absatz 2 versehenen Waren festgestellt.

(3) Eine Ware kann nur in den Genuß des Zollkontingents kommen, wenn das in Absatz 2 genannte Ursprungszeugnis vor dem Zeitpunkt der Wiedereinführung der Zölle vorgelegt wird.

Artikel 4

Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission regelmäßig mit, welche Einfuhren tatsächlich auf ihre Quoten angerechnet wurden.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 28. Dezember 1973.

Artikel 5

Die Mitgliedstaaten und die Kommission arbeiten zum Zweck der Einhaltung der vorstehenden Vorschriften eng zusammen.

Artikel 6

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1974 in Kraft.

Im Namen des Rates

Der Präsident

Ove GULDBERG

ANHANG

Liste der Waren mit Ursprung in Jugoslawien, die im Rahmen der allgemeinen Zollpräferenzen Gegenstand eines zollfreien Gemeinschaftszollkontingents sind

Laufende Nummer	Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs (1)	Warenbezeichnung (2)	Kontingent (in Tonnen) (3)	Den Mitgliedstaaten zugeteilte Quoten (in Tonnen) (4)
1	55.05	Baumwollgarne, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf: B. andere: II. andere: mit einer Lauflänge der Einfachfäden je kg: — von 14 000 m oder weniger	71	Deutschland 19,17 Benelux 7,10 Frankreich 13,49 Italien 9,94 Dänemark 4,97 Irland 0,71 Vereinigtes Königreich 15,62
2		— von mehr als 14 000 m bis 40 000 m	1 282	Deutschland 346,14 Benelux 128,20 Frankreich 243,58 Italien 179,48 Dänemark 89,74 Irland 12,82 Vereinigtes Königreich 282,04
3		— von mehr als 40 000 m bis 80 000 m	440	Deutschland 118,80 Benelux 44,00 Frankreich 83,60 Italien 61,60 Dänemark 30,80 Irland 4,40 Vereinigtes Königreich 96,80
4		— von mehr als 80 000 m bis 120 000 m	65	Deutschland 17,55 Benelux 6,50 Frankreich 12,35 Italien 9,10 Dänemark 4,55 Irland 0,65 Vereinigtes Königreich 14,30
5	55.09	Andere Gewebe aus Baumwolle: A. mit einem Anteil an Baumwolle von 85 Gewichtshundertteilen oder mehr: I. mit einer Breite von weniger als 85 cm: — roh	38	Deutschland 10,26 Benelux 3,80 Frankreich 7,22 Italien 5,32 Dänemark 2,66 Irland 0,38 Vereinigtes Königreich 8,36

Laufende Nummer	Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs (1)	Warenbezeichnung (2)	Kontingent (in Tonnen) (3)	Den Mitgliedstaaten zugeteilte Quoten (in Tonnen) (4)
6	55.09 (Forts.)	— andere	114	Deutschland 30,78 Benelux 11,40 Frankreich 21,66 Italien 15,96 Dänemark 7,98 Irland 1,14 Vereinigtes Königreich 25,08
7		II. andere: — roh, mit einer Breite von: — 85 cm bis 115 cm	1 150	Deutschland 310,50 Benelux 115,00 Frankreich 218,50 Italien 161,00 Dänemark 80,50 Irland 11,50 Vereinigtes Königreich 253,00
8		— von mehr als 115 cm bis 165 cm	697	Deutschland 188,19 Benelux 69,70 Frankreich 132,43 Italien 97,58 Dänemark 48,79 Irland 6,97 Vereinigtes Königreich 153,34
9		— von mehr als 165 cm	225	Deutschland 60,75 Benelux 22,50 Frankreich 42,75 Italien 31,50 Dänemark 15,75 Irland 2,25 Vereinigtes Königreich 49,50
10		— andere: — bedruckt	78	Deutschland 21,06 Benelux 7,80 Frankreich 14,82 Italien 10,92 Dänemark 5,46 Irland 0,78 Vereinigtes Königreich 17,16
11		— andere	78	Deutschland 21,06 Benelux 7,80 Frankreich 14,82 Italien 10,92 Dänemark 5,46 Irland 0,78 Vereinigtes Königreich 17,16
12	56.05	Garne aus synthetischen oder künstlichen Spinnfasern (oder aus Abfällen von synthetischen oder künstlichen Spinnstoffen), nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf: B. aus künstlichen Spinnfasern	165	Deutschland 44,55 Benelux 16,50 Frankreich 31,35 Italien 23,10 Dänemark 11,55 Irland 0,65 Vereinigtes Königreich 36,30

Laufende Nummer	Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs (1)	Warenbezeichnung (2)	Kontingent (in Tonnen) (3)	Den Mitgliedsstaaten zugeteilte Quoten (in Tonnen) (4)
13	56.07	Gewebe aus synthetischen oder künstlichen Spinnfasern: B. aus künstlichen Spinnfasern: — bedruckt	150	Deutschland 40,50 Benelux 15,00 Frankreich 28,50 Italien 21,00 Dänemark 10,50 Irland 1,50 Vereinigtes Königreich 33,00
14		— andere	150	Deutschland 40,50 Benelux 15,00 Frankreich 28,50 Italien 21,00 Dänemark 10,50 Irland 1,50 Vereinigtes Königreich 33,00
15	ex 60.03	Strümpfe, Unterziehstrümpfe, Socken, Söckchen, Strumpfschoner und ähnliche Wirkwaren, weder gummielastisch noch kautschutiert: — aus Baumwolle	22	Deutschland 5,94 Benelux 2,20 Frankreich 4,18 Italien 3,08 Dänemark 1,54 Irland 0,22 Vereinigtes Königreich 4,84
16	60.04	Unterkleidung aus Gewirken, weder gummielastisch noch kautschutiert: A. aus Baumwolle	108	Deutschland 29,16 Benelux 10,80 Frankreich 20,52 Italien 15,12 Dänemark 7,56 Irland 1,08 Vereinigtes Königreich 23,76
17	61.01	Oberkleidung für Männer und Knaben: — aus Geweben aus Baumwolle	45	Deutschland 12,15 Benelux 4,50 Frankreich 8,55 Italien 6,30 Dänemark 3,15 Irland 0,45 Vereinigtes Königreich 9,90
18		— andere	284	Deutschland 76,68 Benelux 28,40 Frankreich 53,96 Italien 39,76 Dänemark 19,88 Irland 2,84 Vereinigtes Königreich 62,48

Laufende Nummer	Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs (1)	Warenbezeichnung (2)	Kontingent (in Tonnen) (3)	Den Mitgliedstaaten zugeteilte Quoten (in Tonnen) (4)
19	61.02	Oberkleidung für Frauen, Mädchen und Kleinkinder: — aus Geweben aus Baumwolle	60	Deutschland 16,20 Benelux 6,00 Frankreich 11,40 Italien 8,40 Dänemark 4,20 Irland 0,60 Vereinigtes Königreich 13,20
20		— andere	114	Deutschland 30,78 Benelux 11,40 Frankreich 21,66 Italien 15,96 Dänemark 7,98 Irland 1,14 Vereinigtes Königreich 25,08
21	61.03	Unterkleider (Leibwäsche) für Männer und Knaben, auch Kragen, Vorhemden und Manschetten: — andere als aus Geweben aus Baumwolle	60	Deutschland 16,20 Benelux 6,00 Frankreich 11,40 Italien 8,40 Dänemark 4,20 Irland 0,60 Vereinigtes Königreich 13,20
22	62.02	Bettwäsche, Tischwäsche, Wäsche für Körperpflege und andere Haushaltswäsche; Vorhänge, Gardinen und andere Gegenstände zur Innenausstattung: — aus Geweben aus Baumwolle	50	Deutschland 13,50 Benelux 5,00 Frankreich 9,50 Italien 7,00 Dänemark 3,50 Irland 0,50 Vereinigtes Königreich 11,00
23		— andere	6	Deutschland 1,62 Benelux 0,60 Frankreich 1,14 Italien 0,84 Dänemark 0,42 Irland 0,06 Vereinigtes Königreich 1,32

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3578/73 DES RATES

vom 28. Dezember 1973

zur Eröffnung von Zollpräferenzen für bestimmte Textilerzeugnisse mit Ursprung in Jugoslawien

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat im Rahmen der WHK ein Angebot über die Gewährung von Zollpräferenzen für Halbfertigwaren und Fertigwaren mit Ursprung in Entwicklungsländern hinterlegt. Die in diesem Angebot vorgesehene Präferenzbehandlung erstreckt sich in der Regel auf alle unter Kapitel 25 bis 99 des Brüsseler Zolltarifschemas fallenden gewerblichen Halb- und Fertigwaren mit Ursprung in Entwicklungsländern.

Für die im langfristigen Abkommen über den internationalen Handel mit Baumwolltextilerzeugnissen⁽¹⁾ erfaßten Waren sieht das betreffende Angebot vor, daß die Präferenzen in Form von zollfreien Plafonds den Ländern gewährt werden sollen, die zu den von den allgemeinen Präferenzen begünstigten Ländern gehören und Unterzeichnerstaaten des langfristigen Baumwollabkommens sind, oder gegebenenfalls den begünstigten Ländern, die gegenüber der Gemeinschaft ähnliche Verpflichtungen übernehmen, wie sie im Rahmen dieses langfristigen Abkommens bestehen, und zwar für die Dauer des genannten Abkommens. Angesichts der in Artikel 6 des langfristigen Baumwollabkommens festgelegten Verbindung zwischen Baumwollwaren und ihren Substitutionserzeugnissen erscheint es im vorliegenden Fall, da es sich um eine vollständige Zollausssetzung handelt, gerechtfertigt, für die Substitutionserzeugnisse, die auf der von der Gemeinschaft bei den letzten Zollverhandlungen beim GATT hinterlegten Liste der bedingten teilweisen und begrenzten Zollsenkungen stehen, die gleiche vorstehend beschriebene Regelung anzuwenden.

Dieses Angebot ist mit einer Klausel verbunden, wonach die Gemeinschaft das Angebot in der Annahme gemacht hat, daß sich alle wichtigen Industrieländer der OECD an der Gewährung der Präferenzen beteiligen und vergleichbare Anstrengungen machen. Ferner ergibt sich aus den innerhalb der WHK abgestimmten Schlußfolgerungen, daß dieses Angebot mit zeitweiligem Charakter keine zwingende Verpflichtung beinhaltet und insbesondere später ganz

oder teilweise zurückgezogen werden kann. Von dieser Möglichkeit kann unter anderem Gebrauch gemacht werden, um ungünstige Situationen zu beheben, die möglicherweise als Folge der Gewährung der allgemeinen Präferenzen in den assoziierten Staaten auftreten.

Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und der ihnen beitretenden Staaten, die vom 19. bis 21. Oktober 1972 in Paris stattfand, hat die Organe der Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten aufgefordert, schrittweise eine umfassende, weltweite Politik der Entwicklungshilfe zu verwirklichen, die insbesondere eine Verbesserung der allgemeinen Präferenzen mit dem Ziel, ein regelmäßiges Anwachsen der Einfuhren von Fertigerzeugnissen aus den Entwicklungsländern herbeizuführen, zum Inhalt hat.

Gemäß Protokoll Nr. 23 im Anhang zur Beitrittsakte⁽²⁾ ist das System allgemeiner Zollpräferenzen in den neuen Mitgliedstaaten ab 1. Januar 1974 anzuwenden.

Für die verschiedenen Gruppen der betreffenden Textilerzeugnisse wurde das genannte Angebot durch die Verordnungen (EWG) Nr. 3502/73 des Rates vom 18. Dezember 1973 zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten betreffend bestimmte Textilwaren mit Ursprung in Entwicklungsländern⁽³⁾ und (EWG) Nr. 3503/73 des Rates vom 18. Dezember 1973 zur Eröffnung von Zollpräferenzen für bestimmte Textilerzeugnisse mit Ursprung in Entwicklungsländern⁽⁴⁾ für das Jahr 1974 zugunsten der Entwicklungsländer, die die vorstehenden Voraussetzungen erfüllen und in Anhang B dieser Verordnungen aufgeführt sind, eingeführt. Diese Maßnahme wurde als Übergangsmaßnahme getroffen, da die Kommission hofft, daß die betreffenden Länder zumindest im Verlauf von 1974 die Maßnahmen ergreifen, mit denen die Einhaltung gleichwertiger Zielsetzungen sichergestellt werden kann. Jugoslawien hat seinerseits ähnliche Verpflichtungen übernommen, wie sie im Rahmen des langfristigen Abkommens bestehen. Es erscheint daher angebracht, Jugoslawien in den Genuß der Zollpräferenzen für die genannten Textilerzeugnisse kommen zu lassen, und zwar ebenfalls für die gesamte Dauer des Jahres 1974. Um die Vorteile der derzeitigen Begünstigten für diese Erzeugnisse nicht

(1) ABl. Nr. L 225 vom 12. 10. 1970, S. 29.

(2) ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14.

(3) ABl. Nr. L 358 vom 28. 12. 1973.

(4) ABl. Nr. L 358 vom 28. 12. 1973.

zu beeinträchtigen, ist es angebracht, besondere zollfreie Plafonds, die ausschließlich Ursprungserzeugnissen aus Jugoslawien zugänglich sind, zu eröffnen. Es ist angebracht, daß diese einzelnen Plafonds im Normalfall mit dem Höchstbetrag übereinstimmen, der in den Verordnungen (EWG) Nr. 3502/73 und (EWG) Nr. 3503/73 für die entsprechenden Erzeugnisse festgesetzt worden ist, mit einer Mindest- bzw. Höchstgrenze von 10 % bzw. 100 % der jugoslawischen Ausfuhren dieser Erzeugnisgruppen in die Gemeinschaft im Jahre 1968. Diese Plafonds sind jedoch anzupassen, um einigen Sonderfällen Rechnung zu tragen, in denen keine Importe jugoslawischer Waren stattgefunden haben.

Es empfiehlt sich somit, daß die Gemeinschaft für die im Anhang zu dieser Verordnung aufgeführten Warengruppen bis 31. Dezember 1974 die zollfreie Einfuhr in Höhe der für jede einzelne Erzeugnisgruppe angegebenen Gemeinschaftsplafonds zuläßt. Die Zulassung zu diesen Zollkontingenten ist den Erzeugnissen mit Ursprung in Jugoslawien vorzubehalten, wobei der Begriff des Warenursprungs nach dem Verfahren des Artikels 14 der Verordnung (EWG) Nr. 802/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Begriffsbestimmung für den Warenursprung ⁽¹⁾ festgelegt wird.

Diese Ziele können im vorliegenden Fall mit Hilfe eines Verwaltungsverfahrens erreicht werden, nach dem die Einfuhren der betreffenden Waren, die bei der Zollstelle zur Abfertigung zum freien Verkehr angemeldet werden und für die ein Ursprungszeugnis vorgelegt wird, auf Gemeinschaftsebene auf die genannten Plafonds angerechnet werden. Dieses Verwaltungsverfahren muß die Möglichkeit vorsehen, die normalen Zollsätze wiederherzustellen, sobald diese Plafonds auf Gemeinschaftsebene erreicht sind.

Dieses Verwaltungsverfahren macht eine enge, besonders schnell funktionierende Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission erforderlich, die vor allem in der Lage sein muß, den Stand der Anrechnungen in bezug auf die Plafonds zu verfolgen und die Mitgliedstaaten davon zu unterrichten. Diese Zusammenarbeit muß um so enger sein, als die Kommission die Möglichkeit haben muß, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die normalen Zollsätze wiederherzustellen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1974 werden die Zollsätze des Gemeinsamen

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 1.

Zolltarifs und die Zollsätze der neuen Mitgliedstaaten für die im Anhang aufgeführten Waren vorbehaltlich des Artikels 2 und des Artikels 4 Absatz 2 im Rahmen von Gemeinschaftsplafonds in Höhe der für die einzelnen Waren in Spalte 3 des Anhangs in Tonnen aufgeführten Mengen vollständig ausgesetzt.

Irland ist ermächtigt, Kontingentszollsätze anzuwenden, die gleich den Zollsätzen sind, die Irland für die gleichen Waren gegenüber den anderen Mitgliedstaaten, ausgenommen dem Vereinigten Königreich, anwendet.

(2) Die Zulassung zu der in Absatz 1 genannten Aussetzung ist den Waren mit Ursprung in Jugoslawien vorbehalten. Der Begriff des Warenursprungs zum Zweck der Anwendung dieser Verordnung wird gemäß dem Verfahren des Artikels 14 der Verordnung (EWG) Nr. 802/68 festgesetzt.

Artikel 2

Sobald die in Spalte 3 des Anhangs angegebenen Plafonds auf Gemeinschaftsebene erreicht sind, können jederzeit die normalen Zollsätze für die Einfuhr der Waren mit Ursprung in Jugoslawien bis zum Ende des in Artikel 1 Absatz 1 vorgesehenen Zeitraums erhoben werden.

Artikel 3

(1) Die Einfuhren der betreffenden Waren, die bei der Zollstelle zur Abfertigung zum freien Verkehr angemeldet worden sind und für die ein dem Artikel 1 Absatz 2 entsprechendes Ursprungszeugnis vorgelegt wird, werden auf die für die Gemeinschaft festgesetzten Plafonds tatsächlich angerechnet.

(2) Eine Ware kann auf einen Plafond nur angerechnet werden, wenn das in Absatz 1 genannte Ursprungszeugnis vor dem Tag vorgelegt wird, von dem ab die Wiedereinsetzung der Zölle angeordnet worden ist.

(3) Der Stand der tatsächlichen Ausschöpfung der Plafonds wird auf Gemeinschaftsebene an Hand der nach den Absätzen 1 und 2 angerechneten Einfuhren festgestellt.

Artikel 4

(1) Die Kommission trifft in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die notwendigen Maßnahmen, um die Durchführung der vorstehenden Bestimmungen zu gewährleisten.

(2) Die Kommission führt die Erhebung der normalen Zollsätze gegenüber Jugoslawien gemäß Artikel 2 auf dem Verordnungsweg wieder ein.

Artikel 5

Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission regelmäßig mit, welche Einfuhren tatsächlich auf die in

Artikel 1 Absatz 1 für die Gemeinschaft vorgesehenen Plafonds angerechnet worden sind.

Artikel 6

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1974 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 28. Dezember 1973.

Im Namen des Rates

Der Präsident

Ove GULDBERG

ANHANG

Liste der Waren mit Ursprung in Jugoslawien, für die allgemeine Zollpräferenzen für bestimmte Textilwaren gewährt werden

Laufende Nummer	Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs (1)	Warenbezeichnung (2)	Gemeinschafts-plafonds (in Tonnen) (3)
1	54.05	Gewebe aus Flachs oder Ramie	36
2	55.05	Baumwollgarne, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf:	
		A. gezwirnt und appretiert, auf Karten, Rollen, Spulen oder ähnlichen Unterlagen, in Kugeln oder Knäueln aufgemacht, mit einem Höchstgewicht (einschließlich Unterlage) von 900 g je Stück	15
3		B. andere:	
		I. mit einer Lauflänge der Einfachfäden von 120 000 m oder mehr je kg	12
4	55.06	Baumwollgarne in Aufmachungen für den Einzelverkauf	3,5
5	55.07	Drehergewebe aus Baumwolle	4,5
6	55.08	Schlingengewebe (Frottiergewebe) aus Baumwolle	12
7	55.09	Andere Gewebe aus Baumwolle:	
		B. andere	90
8	58.04	Samt, Plüsch, Schlingengewebe und Chenillegewebe, ausgenommen Gewebe der Tarifnrn. 55.08 und 58.05	80
9	58.10	Stickereien als Meterware oder als Motiv	28
10	60.01	Gewirke als Meterware, weder gummielastisch noch kautschutiert:	15
		B. aus synthetischen oder künstlichen Spinnstoffen	
		C. aus anderen Spinnstoffen	
11	ex 60.02	Handschuhe aus Gewirken, weder gummielastisch noch kautschutiert, aus Baumwolle	15
12	60.05	Oberkleidung, Bekleidungszubehör und andere Wirkwaren, weder gummielastisch noch kautschutiert:	45
		A. Oberkleidung und Bekleidungszubehör:	
		ex II. andere, aus Baumwolle	
		ex B. andere, aus Baumwolle	
	60.06	Gummielastische Gewirke und kautschutierte Gewirke, als Meterware, sowie Waren daraus (einschließlich Knieschützer und Gummistrümpfe):	
		A. Meterware:	
13		— aus Geweben aus Baumwolle	4,5
14		— andere	4,5
	61.03	Unterkleidung (Leibwäsche) für Männer und Knaben, auch Kragen, Vorhemden und Manschetten:	
15		— aus Geweben aus Baumwolle	83
		— andere	

Laufende Nummer	Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs (1)	Warenbezeichnung (2)	Gemeinschafts- plafonds (in Tonnen) (3)
16	ex 61.04	Unterkleidung (Leibwäsche) für Frauen, Mädchen und Kleinkinder, aus Baumwolle	51
17	61.05	Taschentücher und Ziertaschentücher	28
18	62.01	Decken: B. andere: I. aus Baumwolle	15
19	62.03	Säcke und Beutel zu Verpackungszwecken: B. aus Geweben aus anderen Spinnstoffen: I. gebraucht: ex b) andere: — aus Geweben aus Baumwolle ex II. andere: — aus Geweben aus Baumwolle	81
20	62.04	Planen, Segel, Markisen, Zelte und Zeltlagerausrüstungen	90

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3579/73 DES RATES

vom 28. Dezember 1973

über die Aufstockung des Gemeinschaftszollkontingents für Ferrosilizium der Tarifstelle
73.02 C des Gemeinsamen Zolltarifs für 1973DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europä-
ischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Ar-
tikel 28,nach Kenntnisnahme von dem Verordnungsentwurf
der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit Verordnung (EWG) Nr. 2729/72 ⁽¹⁾ hat der Rat für das Jahr 1973 ein vertragsmäßiges zollfreies Gemeinschaftszollkontingent in Höhe von 20 000 Tonnen für Ferrosilizium der Tarifstelle 73.02 C des Gemeinsamen Zolltarifs eröffnet und auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt.

Unter Berücksichtigung der derzeitigen Produktionsmöglichkeiten in der Gemeinschaft deckt die vorgenannte Kontingentsmenge den Einfuhrbedarf einiger Mitgliedstaaten an Ferrosilizium aus dritten Ländern nicht völlig. Es scheint daher angezeigt, das Kontingent aufzustocken, jedoch, um die Entwicklungsaussichten des Produktionssektors in der Gemeinschaft nicht zu beeinträchtigen, nur um 7 000 Tonnen. Aus den gleichen Gründen ist der im Rahmen dieser

Aufstockung anwendbare Kontingentszollsatz auf
7 % festzusetzen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Das in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2729/72 genannte Zollkontingent wird auf 27 000 Tonnen aufgestockt. Innerhalb dieser Aufstockung wird der Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs bis auf 7 % ausgesetzt.

Artikel 2

Die in Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2729/72 der Wirtschaftsunion Benelux zugeweilte Rate wird auf 22 500 Tonnen aufgestockt.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 28. Dezember 1973.

Im Namen des Rates

Der Präsident

Ove GULDBERG

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 291 vom 28. 12. 1972, S. 62.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3580/73 DES RATES

vom 28. Dezember 1973

zur Erhöhung des Gemeinschaftszollkontingents für Rohzink der Tarifstelle 79.01 A
des Gemeinsamen ZolltarifsDER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europä-
ischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Ar-
tikel 28,

nach Anhörung der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Durch seine Verordnung (EWG) Nr. 2741/72 vom
19. Dezember 1972 ⁽¹⁾ hat der Rat für das Jahr
1973 ein Gemeinschaftszollkontingent von 20 000
Tonnen für Rohzink der Tarifstelle 79.01 A des Ge-
meinsamen Zolltarifs eröffnet und unter den Mit-
gliedstaaten aufgeteilt; es ist zweckmäßig, aus-
nahmsweise das ursprüngliche Kontingent um 700
Tonnen zu erhöhen —

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 28. Dezember 1973.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2741/72
vorgesehene Menge wird auf 20 700 Tonnen erhöht.

Artikel 2

Die gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung
(EWG) Nr. 2741/72 gebildete Gemeinschaftsreserve
wird auf 2 700 Tonnen erhöht.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentli-
chung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaf-
ten* in Kraft.

*Im Namen des Rates**Der Präsident*

Ove GULDBERG

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 291 vom 28. 12. 1972, S. 140.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3581/73 DES RATES

vom 28. Dezember 1973

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1693/72 hinsichtlich der Verfahren zur Bereitstellung der Nahrungsmittelhilfe zugunsten der Länder der Sahelzone

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 120/67/EWG des Rates vom 13. Juni 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1346/73⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 22a,gestützt auf die Verordnung Nr. 359/67/EWG des Rates vom 25. Juli 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 23a,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Angesichts der Transportschwierigkeiten in den Ländern der Sahelzone erscheint es ratsam, ein ausreichend bewegliches System zu schaffen, das es erlaubt, die im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe gelieferten Erzeugnisse nach ihrer Ankunft in den afrikanischen Ausladehäfen so schnell wie möglich zu ihren Verteilungsorten zu befördern.

Im Beschluß des Rates vom 28. Dezember 1973 über die gemeinschaftliche Finanzierung bestimmter Ausgaben für die Nahrungsmittelhilfe im Rahmen des Programms 1973/1974⁽⁵⁾ ist vorgesehen, daß sich bei der Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft für die Länder der Sahelzone die Gemeinschaftsfinanzierung

auf die Lieferung der Erzeugnisse bis zu den Verteilungsorten erstreckt.

Der Rückgriff auf das Ausschreibungsverfahren, das in Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1693/72 des Rates vom 3. August 1972 zur Festlegung der Kriterien für die Bereitstellung von Getreide für die Nahrungsmittelhilfe⁽⁶⁾, erlaubt es hinsichtlich der Phase zwischen der cif-Stufe und den Verteilungsorten nicht in allen Fällen, in der erstrebten beweglichen und schnellen Art zu reagieren. Infolgedessen ist die Möglichkeit vorzusehen, auf andere Verfahren, wie etwa die freihändige Vergabe, zurückzugreifen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Abweichend von Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1693/72 kann im Bedarfsfall für die Verbringung von im Rahmen des Programms für 1973/1974 als Nahrungsmittelhilfe zugunsten der Länder der Sahelzone geliefertem Getreide und Reis von der cif-Stufe bis zu den Verteilungsorten auf ein anderes Verfahren als die Ausschreibung zurückgegriffen werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt einen Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 28. Dezember 1973.

*Im Namen des Rates**Der Präsident*

Ove GULDBERG

⁽¹⁾ ABl. Nr. 117 vom 19. 6. 1967, S. 2269/67.⁽²⁾ ABl. Nr. L 141 vom 28. 5. 1973, S. 8.⁽³⁾ ABl. Nr. 174 vom 31. 7. 1967, S. 1.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14.⁽⁵⁾ Siehe Seite 53 dieses Amtsblatts.⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 178 vom 5. 8. 1972, S. 3.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3582/73 DES RATES

vom 28. Dezember 1973

über die Aufstellung der Grundregeln für die Lieferung von Magermilchpulver im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe an die Länder der Sahelzone und Äthiopien

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 6 Absatz 6,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Länder der Sahelzone und Äthiopien haben ihren Bedarf an Magermilchpulver angemeldet. Das im Besitz der Interventionsstellen befindliche Magermilchpulver kann während des Milchwirtschaftsjahres 1973/1974 nicht zu normalen Bedingungen abgesetzt werden. Eine Nahrungsmittelhilfe von 14 000 Tonnen dieses Erzeugnisses kann gewährt werden.

Damit die Hilfe tatsächlich und möglichst wirksam verwendet wird, empfiehlt es sich, die Finanzierung der Kosten für die Verbringung bis zu den Verteilungsorten und gegebenenfalls auch die Kosten der Lieferung von Vitaminen zur Vervollständigung der Milch zu übernehmen.

Es empfiehlt sich, die Verbringung des Magermilchpulvers normalerweise durch einen vergleichenden Wettbewerb zwischen den in der Gemeinschaft ansässigen interessierten Unternehmen im Wege der Ausschreibung zu vergeben. Im Sinne eines flexiblen und raschen Vorgehens könnte es in außergewöhnlichen Fällen jedoch angebracht sein, auf ein Verfahren der freihändigen Vergabe zurückzugreifen —

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 28. Dezember 1973.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Den unten genannten Ländern werden 14 000 Tonnen Magermilchpulver zur Verfügung gestellt, die wie folgt aufgeteilt werden:

Obervolta	2 600 Tonnen,
Mali	2 900 Tonnen,
Mauretanien	2 000 Tonnen,
Niger	3 200 Tonnen,
Tschad	800 Tonnen,
Äthiopien	2 500 Tonnen.

Artikel 2

Zu den in Artikel 1 genannten Zwecken werden die Etikettierung, die Beförderung des Magermilchpulvers bis zu den Verteilungsorten und gegebenenfalls die Lieferung von Vitaminen zur Vervollständigung der Milch von der Gemeinschaft finanziert.

Artikel 3

Die Verbringung bis zur cif-Stufe wird normalerweise im Wege der Ausschreibung vergeben; in außergewöhnlichen Fällen kann jedoch ein Verfahren der freihändigen Vergabe vorgesehen werden.

Artikel 4

Die Verbringung von der cif-Stufe bis zu den Verteilungsorten wird im Wege der Ausschreibung vergeben oder, falls erforderlich, durch ein Verfahren der freihändigen Vergabe.

In Ausnahmefällen werden den Ländern die Verbringungskosten ganz oder teilweise in Form eines Pauschalbeitrags gezahlt, wenn der Liefervertrag dies vorsieht.

Artikel 5

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

*Im Namen des Rates**Der Präsident*

Ove GULDBERG

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13.⁽²⁾ ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3583/73 DES RATES

vom 28. Dezember 1973

zur Aufstellung der Grundregeln für die Lieferung von Milchlief in Rahmen der Nahrungsmittelhilfe an die Länder der Sahelzone und Äthiopien

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 6 Absatz 6,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Länder der Sahelzone und Äthiopien haben ihren Bedarf an Milchlief angemeldet.

Die im Besitz der Interventionsstellen befindlichen Buttermengen können während des Milchwirtschaftsjahres 1973/1974 nicht zu normalen Bedingungen abgesetzt werden. Eine Nahrungsmittelhilfe von 7 320 Tonnen Butter in Form von 6 000 Tonnen Butteroil kann gewährt werden.

Damit die Hilfe tatsächlich verwendet wird, empfiehlt es sich, die Finanzierung der Kosten für die Verbringung bis zu den Verteilungsorten zu übernehmen.

Es empfiehlt sich, die Herstellung und die Verbringung des Butteroils normalerweise durch einen vergleichenden Wettbewerb zwischen den in der Gemeinschaft ansässigen interessierten Unternehmen im Wege der Ausschreibung zu vergeben. Im Sinne eines flexiblen und raschen Vorgehens könnte es in außergewöhnlichen Fällen jedoch angebracht sein, auf ein Verfahren der freihändigen Vergabe zurückzugreifen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Den Ländern der Sahelzone und Äthiopien werden 7 320 Tonnen Butter, die sich im Besitz der Interventionsstellen befinden, als Nahrungsmittelhilfe in Form von 6 000 Tonnen Butteroil zur Verfügung gestellt. Die den Empfängerländern zugeteilten Mengen und die Modalitäten der Finanzierung der Nahrungsmittelhilfe sind im Anhang festgelegt.

Artikel 2

Die Verarbeitung der Butter zu Butteroil, die Verpackung und die Lieferung ab Werk bis zu den Verteilungsorten werden im Wege der Ausschreibung vergeben. In außergewöhnlich dringenden Fällen kann jedoch für die Verbringung ab cif-Stufe und im Bedarfsfall für die Verbringung von der cif-Stufe bis zu den Verteilungsorten auf ein Verfahren der freihändigen Vergabe zurückgegriffen werden.

In Ausnahmefällen werden den Empfängerländern die Verbringungskosten von der cif-Stufe bis zu den Verteilungsorten ganz oder teilweise in Form eines Pauschalbeitrags gezahlt, wenn der Liefervertrag dies vorsieht.

Artikel 3

Die Beträge, die den im Wege der Ausschreibung oder der freihändigen Vergabe gewählten Unternehmen zu zahlen sind, werden nur dann fällig,

- a) wenn der Betrieb den in der Bekanntmachung der Ausschreibung vorgesehenen Verpflichtungen nachgekommen ist;
- b) wenn durch eine Kontrolle festgestellt wurde, daß die Qualität und die Verpackung des gelieferten Erzeugnisses den diesbezüglichen Gemeinschaftsbestimmungen entsprechen.

Auf diese Beträge kann eine Anzahlung geleistet werden.

*Artikel 4*Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 28. Dezember 1973.

*Im Namen des Rates**Der Präsident*

Ove GULDBERG

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13.⁽²⁾ ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 14.

ANHANG

Nahrungsmittelhilfeprogramm Butteroil

Bestimmungsland	Butteroilmenge (in Tonnen)	Finanzierung
Obervolta	1 800	Verteilungsorte
Mali	300	Verteilungsorte
Mauretanien	1 000	Verteilungsorte
Niger	1 450	Verteilungsorte
Tschad	150	Verteilungsorte
Äthiopien	1 300	Verteilungsorte

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

BESCHLUSS DES RATES

vom 28. Dezember 1973

über die gemeinschaftliche Finanzierung bestimmter Ausgaben für die Nahrungsmittelhilfe im Rahmen des Programms 1973/1974

(73/448/EWG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1703/72 des Rates vom 3. August 1972 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/69 hinsichtlich der gemeinschaftlichen Finanzierung der Ausgaben für die Durchführung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1967 und zur Festlegung der Regeln für die gemeinschaftliche Finanzierung der Ausgaben für die Durchführung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1971 ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 8 Absatz 1 und Artikel 10 Absatz 1,

auf Vorschlag der Kommission,

in der Erwägung, daß die Gemeinschaft angesichts der Lage in den Sahel-Ländern und in Äthiopien die Kosten für die Beförderung der Getreide-Nahrungsmittelhilfe bis zu den Verteilungsorten übernehmen sollte —

BESCHLIESST:

Einziges Artikel

Bei der Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft zugunsten von Obervolta, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Tschad und Äthiopien im Rahmen des Programms 1973/1974 erstreckt sich die gemeinschaftliche Finanzierung auf die Ausgaben für die Lieferung der Erzeugnisse bis zu den Verteilungsorten. Die Finanzierung kann ausnahmsweise in Form eines Pauschalbeitrags erfolgen, wenn dies im Lieferabkommen vorgesehen ist.

Geschehen zu Brüssel am 28. Dezember 1973.

Im Namen des Rates

Der Präsident

Ove GULDBERG

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 180 vom 8. 8. 1972, S. 1.